

# Metallarbeiter-Zeitung.

Organ für die Interessen der Metallarbeiter.

Publikationsorgan des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes u. d. Allg. Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter.

Erscheint wöchentlich am Samstag.  
Abonnementspreis pro Quartal 1 Mark.  
Eingetragen in die Reichspost-Zeitungsliste.

Verantwortlich für die Redaktion: Joh. Schorm.  
Redaktion und Expedition: Stuttgart, Rößlestraße Nr. 16b.  
Telephonruf Nr. 3392.

Insertats  
für die sechsgepaaltene Colonne oder deren Raum 50 Pf.  
Bei Wiederholungen Rabatt.

In einer Aufl. von **178400** Exemplaren  
erscheint diese Ztg.

## Die Metall- und Maschinenindustrie in Preussen.

Die kürzlich für 1903 erschienenen Jahresberichte der preussischen Fabrikinspektoren, die einen stattlichen Band von über 800 Seiten bilden, bringen auch eine Fülle von Material bei, zur Beleuchtung aller Seiten der Arbeits- und Lohnverhältnisse in der Metall- und Maschinenindustrie.

Soweit sich die Berichtersteller über die Geschäftslage äußern, ist zu erkennen, daß sie in den meisten Aufsichtsbezirken eine bessere geworden ist und infolgedessen auch die Zahl der beschäftigten Arbeiter eine Zunahme erfahren hat. Die Berliner Metall-, Maschinen- und elektrotechnische Industrie war gut beschäftigt, „da indessen die Verkaufspreise für die Fabrikate eine bemerkenswerte Steigerung noch nicht erfahren haben, so sind auch Änderungen in der Lohnhöhe nicht vorgekommen.“ Die Berliner Metallindustrie hat eine Vermehrung der Zahl ihrer Betriebe um 69 und der Arbeiter um 2489, die Maschinenindustrie um 80 und 9280 erfahren. Im Düsseldorf'schen Aufsichtsbezirk stieg die Zahl der in der Metall- und Maschinenindustrie beschäftigten Arbeiter um 4741 und 1918, im Merseburger um 771 in den beiden Gruppen, wodurch jedoch der Stand von 1900 noch nicht wieder erreicht wurde; im Bezirk Frankfurt a. O. um 600, welche Zunahme hauptsächlich auf die Fabriken für landwirtschaftliche Maschinen entfiel, während mit dem Bau von Dampfmaschinen nicht mehr Arbeiter als 1902 beschäftigt waren. Dem Potsdamer Bericht ist zu entnehmen, daß die Allgemeine Elektrizitätsgesellschaft infolge guten Geschäftsganges in Oberschönweide neue Fabrikationszweige aufgenommen und ihre Arbeiterzahl um 1430 vermehrt hat, ebenso die Maschinenfabrik Vorjig & Tegel um 850, nachdem der Betrieb erheblich erweitert worden. In den Aufsichtsbezirken Westpreußen, Bromberg, Münster, Arnberg und Koblenz war für die Metallarbeiter ebenfalls mehr Beschäftigung vorhanden, während in den Bezirken Erfurt und Schleswig die wirtschaftliche Depression anhielt. Im Nachener Bezirk war die Metallindustrie gut beschäftigt, dagegen kamen in Maschinenfabriken und Eisgießereien Betriebseinschränkungen in Gestalt der Verkürzung der Arbeitszeit vor. Im Koblenzer Bezirk fand eine Verminderung der Zahl der Arbeiterinnen statt.

Eine Vermehrung der Zahl der Metallarbeiter und zwar um 2832 fand noch im Bezirk Hannover, ferner um 263 im Bezirk Minden statt, daneben wird von Vermehrung der Arbeiterinnen und der Jugendlichen berichtet. So stieg die Zahl der in der Metallindustrie beschäftigten Arbeiterinnen im Bezirk Minden von 43 auf 78, „während noch vor wenigen Jahren die Beschäftigung von Arbeiterinnen im hiesigen Bezirk nicht üblich war.“ Man muß daraus auf eine Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage der Bevölkerung im allgemeinen schließen. Im Kasseler Bezirk trat eine Vermehrung der Arbeiterinnen überhaupt um 198 ein, die auf die Metallindustrie, chemische Industrie, Papier- und Lederindustrie sich verteilte. Im Düsseldorf'schen Bezirk beschäftigte die Metallindustrie um 340 Arbeiterinnen mehr als 1902, in Hannover um 116, in Berlin um 634, die Maschinenindustrie um 2443. Im Berliner Aufsichtsbezirk hat gleichzeitig die Zahl der Betriebe mit Arbeiterinnen eine Vermehrung um 35 in der Metall- und um 62 in der Maschinenindustrie erfahren. Dazu wird bemerkt: „Die starke Vermehrung der Arbeiterinnenzahl in der Maschinenindustrie hat zum großen Teil ihren Grund in der zunehmenden Verwendung weiblicher Arbeitskräfte zur Herstellung von Knöpfen, Schrauben und zahlreichen Kleinartikeln der Elektrotechnik, zu welcher nicht nur der Wunsch nach billigeren Arbeitskräften, sondern auch die Erkenntnis und Erfahrung drängt, daß Frauenhände und Frauengebilde für solche vorwiegend Geschicklichkeit erfordernde Arbeiten besonders geeignet sind.“

Eine Zunahme der Zahl der in Fabriken beschäftigten Kinder und Jugendlichen von 55 auf 86 und von 12972 auf 14119 fand im Berliner Bezirk statt, woran namentlich die Metallindustrie beteiligt war. „Neben der allgemeinen Besserung der Arbeitsgelegenheit und der zuverlässigen Meldung der Beschäftigten dürfte in der Metallverarbeitungsgruppe noch der vorjährige Gürtler- und Drückerstreik als Grund der Zunahme anzuführen sein.“ Im Düsseldorf'schen Bezirk verminderte sich die Zahl der in der Metallindustrie beschäftigten Kinder um 8, während sich die Zahl der Jugendlichen um 509 und in der Maschinenindustrie um 270 vermehrte. Um 120 auf 3003 stieg die Zahl der Jugendlichen im Koblenzer Bezirk, woran auch die Metallindustrie Anteil

hatte. Aus Schleswig wird eine Verminderung der Jugendlichen in der Metall- und eine Vermehrung in der Maschinenindustrie gemeldet. Weiter fand eine Vermehrung der Jugendlichen in den Maschinenfabriken im Bromberger Bezirk, in der Metallindustrie in Kassel und in Köln statt. Der Kölner Bericht konstatiert offen, daß die Vermehrung der jugendlichen Arbeitskräfte mit den niedrigsten Löhnen, die ihnen gezahlt werden, zusammenhängt, und daß dies besonders der Fall ist bei der Metallindustrie, mit ihren zahlreichen Betrieben, in denen kleine Massenartikel hergestellt werden. Eine Abnahme der Jugendlichen um 315 von 1863 auf 1548 in der Metall- und Maschinenindustrie, und zwar infolge schlechter Geschäftslage, wird aus Merseburg berichtet, ferner fand eine solche auch in der Posen'schen Maschinenindustrie statt.

Wie weit die Ausbeutung der billigen jugendlichen Arbeitskräfte bereits gediehen ist, zeigt der Mindener Bericht, wonach ein jugendlicher Arbeiter als selbständiger Kesselwärter beschäftigt worden war. Da dies aber verboten ist, wurde der betreffende Maschinenfabrikant zu 150 Mk. und sein Meister zu 30 Mk. Geldstrafen verurteilt. Wegen eines gleichen Vergehens war der Besitzer einer Benzinwäscherei vom Schöffengericht freigesprochen worden, worauf auf Veranlassung des Gewerbeinspektors an die höhere Instanz appelliert wurde. Am Schlusse des Berichtsjahres war der Fall noch nicht erledigt.

Die eingetretene Besserung in der Beschäftigung hat vielfach wieder zu Überzeitarbeit geführt. So heißt es im Kölner Bericht: „In einigen Zweigen der Maschinenindustrie ist schon wieder mit Überstunden gearbeitet worden. Die Fabrikanten sind eifrig bemüht, durch kurze Lieferungsfristen und prompte Lieferung den Wünschen ihrer Abnehmer Rechnung zu tragen.“ Im Anschluß daran wird mitgeteilt, daß in Berücksichtigung des anstrengenden und verantwortungsvollen Dienstes die städtischen Elektrizitätswerke die Dauer der Arbeitsschicht der Heizer und Maschinisten auf neun Stunden herabgesetzt haben. Hoffentlich findet dieses gute Beispiel recht häufige Nachahmung. Im Mindener Bezirk wurde die normale zehnstündige Arbeitszeit besonders in den Betrieben der Nähmaschinen- und Fahrradindustrie wiederholt während längerer Zeitabschnitte überschritten. In der Regel werden die Überstunden besser bezahlt, „andernfalls kommen leicht Zwistigkeiten zwischen Arbeitgebern und Arbeitern vor.“ Der Berliner Aufsichtsbeamte berichtet: „Um die besser einlaufenden Aufträge bewältigen zu können, sind die vielfach verkürzten gewesenen Arbeitszeiten meist wieder auf die frühere Dauer gebracht worden, viele Betriebe haben sogar mit Über- und Nacharbeit nachhelfen müssen, in einigen ist es auch zu ungesunden Über-, Sonn- und Feiertagsarbeiten gekommen. Eine sehr rege Tätigkeit mit verlängerter Arbeitszeit ist namentlich in der Metallwarenherstellung nach Beendigung des Gürtler- und Drückerstreiks im Herbst eingetreten, wodurch es einigen Fabrikanten möglich geworden ist, den Produktionsausfall von 8 1/2 Wochen bis zum Weihnachtsfest ganz einzuholen.“ Im übrigen zeigt sich jedoch das Bestreben, die Arbeitszeit und Pausen abzukürzen und durch intensivere, besser geleitete und maschinell unterstützte Produktion den Ausfall an Arbeitszeit zu decken. „Das gilt besonders von der Konfektionsindustrie, der Papierindustrie und den polygraphischen Gewerben, doch folgen Metallverarbeitung und Maschinenindustrie schon allmählich nach.“ Die Metallarbeiter möchten hierin vorangehen und haben darum in schwerem Kampfe um den Neunstundentag gerungen. Das Ziel wurde für einmal nicht erreicht, es wird aber bei wiederholten Anläufen errungen werden.

Die neunstündige Arbeitszeit ist übrigens im Berichtsjahr im Berliner Bezirk eingeführt worden, aber leider nur in Gestalt von Doppelschichten in mehreren Abteilungen eines großen elektrotechnischen Wertes, wo die eine Schicht von 6 Uhr morgens bis 3 Uhr nachmittags und die andere von 3 Uhr nachmittags bis 12 Uhr nachts mit je halbstündiger Pause beschäftigt wird. Früher betrug die tägliche Arbeitszeit 10 Stunden und nun wird bei den zwei Neunstundenschichten die doppelte Arbeit geleistet. Die Arbeiter seien mit dieser Einteilung zufrieden, die ihnen mehr freie Zeit und gleichen Verdienst läßt. Wir möchten aber doch dazu bemerken, daß diese maßlose Steigerung der Produktion, kaum daß eine kleine wirtschaftliche Besserung nach mehrjährigem Darniederliegen eingetreten ist, auf das schärfste verurteilt werden muß. Wie lange wird es dauern, bis eine neuerliche Überproduktion und eine neuerliche Krise mit all ihrem Elend für die Arbeiter eintritt?

Im Arnberger Bezirk beanspruchte neben der Textilindustrie die Metallindustrie die meiste Überzeitarbeit. Vielfach wurden die gesetzlichen Vorschriften, betreffend die Arbeitszeit der Jugendlichen und der Arbeiterinnen, von den Unternehmern übertreten, trotzdem die Behörden mit der Bewilligung von Überstunden eine sehr weitgehende Praxis üben.

In Oberschlesien wurde grobe Mißachtung der Zinshüttenverordnung festgestellt, indem Arbeiterinnen zu Arbeiten verwendet wurden, von denen sie aus hygienischen Gründen ausgeschlossen sind, außerdem betrug ihre Arbeitszeit während langer Zeit mehr als 11 Stunden. Die kapitalistische Ausbeutungswut kennt keine Grenzen.

Im Düsseldorf'schen Bezirk ist in fünf Betrieben der Metallindustrie und 16 Betrieben anderer Industrien die sogenannte englische Arbeitszeit eingeführt worden, das heißt die mit nur kurzer Unterbrechung neun Stunden dauernde tägliche Arbeitszeit, mit der Arbeiter und Unternehmer zufrieden seien. Im Berliner Bezirk ist diese Arbeitszeit im Berichtsjahr in 140 Betrieben, wovon 13 auf die Metall- und 16 auf die Maschinenindustrie entfallen, eingeführt worden. Im Düsseldorf'schen Bezirk führte eine Schlossfabrik für den Samstag die 8 1/2 stündige Arbeitszeit mit Feierabend um 4 1/4 Uhr nachmittags ein; eine Eisenkonstruktionswerkstätte die 9 1/2 stündige Arbeitszeit mit zweistündiger Mittagspause; im Nachener Bezirk eine Maschinenfabrik den Neunstundentag mit anderthalbstündiger Mittagspause.

## Die internationale Organisation der Metallarbeiter.

Das „Internationale Informationsbureau der Metallarbeiter“, das in Gemäßheit der Beschlüsse des Pariser internationalen Kongresses vom Jahre 1900 geschaffen wurde und bisher in Sheffield (England) seinen Sitz hat, erstattet eben seinen Rechenschaftsbericht für die Zeit vom Herbst 1900 bis Frühjahr 1904, der zugleich auch den Bericht über die Tätigkeit der britischen Sektion der internationalen Organisation bildet. Der erste Teil ist einem Rückblick auf einige Ereignisse in der jüngsten Geschichte der britischen Arbeiterbewegung gewidmet, wie namentlich den Gerichtsentscheidungen, durch welche die Freiheiten der Arbeiterorganisationen beschränkt wurden, dem Erstarken der Arbeitervereinigungen etc. — Da diese Tatsachen bereits allgemein bekannt sind, so braucht nun auf diese nicht näher eingegangen zu werden. Ebenso ist dies der Fall bezüglich der Ausführungen über das Komitee für politische Arbeitervertretung in England, die in dem Bericht Platz gefunden haben.

Die internationalen Angelegenheiten wurden leider etwas gar zu kurz abgetan. Der Bericht hebt hervor, daß besonders die Gewerkschaften der britischen Metallarbeiter nicht viel zum Ausbau und zur Festigung der internationalen Organisation beitragen konnten, da die wichtigen Ereignisse im eigenen Lande die ganze Aufmerksamkeit und die Anspannung aller Kräfte erforderten. Der Umstand, daß in Großbritannien nicht alle bestehenden Metallarbeiterorganisationen dem internationalen Bureau sich angeschlossen, wird damit entschuldigt, daß die Gewerkschaften durch Streiks und gesteigerte Unterhaltungsanforderungen finanziell zu sehr belastet waren. Dabei muß aber doch allen Ernstes bezweifelt werden, ob bei den britischen Trade Unions der relativ geringe Beitrag für das internationale Bureau so schwer in die Waagschale fallen darf. Übrigens hören wir diese Ausflüchte und Entschuldigungen der britischen Organisationen seit dem Bestande des internationalen Bureaus.

Die Arbeit des Bureaus bestand darin, daß es vor allem im Jahre 1900 die Drucklegung des Protokolls des Pariser internationalen Metallarbeiterkongresses veranlaßte. Die deutsche und französische Übersetzung wurden, um die Kosten zu vermindern, in den betreffenden Ländern selbst hergestellt. Weiters hat der Sekretär eine Reihe schriftlicher Geschäfte erledigt, die hauptsächlich infolge der internationalen Streikbewegung erwachsen. Eine Liste dieser Schriftstücke, mit dem Vermerk der Art ihrer Erledigung, ist dem Bericht angefügt. Insgesamt hat der internationale Sekretär 1520 Poststücke an die angeschlossenen Organisationen versandt; davon waren: Zeitungen 988, Briefe 361, Postkarten, Zirkulare 171, zusammen 1520 Stück.

Über die Zahl und die Mitgliedschaft der angeschlossenen Verbände werden nur, soweit Großbritannien in Betracht kommt, Mitteilungen gemacht. Die britische Landesektion der internationalen Organisation zählt gegenwärtig elf Organisationen mit circa 138000 Mitgliedern.

Am 30. April d. J. hat das Komitee dieser britischen Sektion in Manchester eine Beratung abgehalten, in welcher beschlossen wurde, daß alle Ansuchen um Unterstützung durch die betreffenden Landessekretäre erfolgen müssen.

Der „Gewerkschaftsverband der Midland-Graffschaften“ (Vorstand: Councilor John Taylor) brachte eine Beschwerde dahingehend ein, daß Gewerkschaftsfunktionäre auf dem Kontinente, wenn sie von einer Deputation englischer Arbeiter besucht werden, um Auskünfte zu erlangen, dieser

Sache nicht die nötige Aufmerksamkeit zuwenden. Eine Erörterung dieses Gegenstandes soll auf dem nächsten internationalen Kongress stattfinden. Weiters wurden die Vorbereitungen zu dem Kongress besprochen und endlich der Sekretär beauftragt, die Beitragsrückstände einzutreiben.

Für den internationalen Metallarbeiterkongress, welcher am 12. und 13. August dieses Jahres in Amsterdam, Holland, stattfinden wird, schlägt das internationale Bureau eine Tagesordnung vor, die außer der Vornahme der Wahl des Präsidiums, der Berichterstattung über seine Tätigkeit sowie der Rechnungslegung, noch eine große Anzahl von Verhandlungsgegenständen vorsieht, betreffend den Ausbau der internationalen Organisation, die Beitragsleistung, die Lehrlingsfrage, den Alkoholismus und dessen Bekämpfung (auf Antrag der Holländer), die Anstrengung einer einheitlichen Arbeitszeit und Entlohnungen in allen Ländern, die Bekämpfung unlauterer Geschäftspraktiken der Unternehmer und manches andere mehr.

Die englische Sektion schlägt einen Jahresbeitrag von 20 Schilling per 1000 Mitglieder aller angehörende Verbände vor; 50 Prozent aller Einnahmen sollen für Streikunterstützung verwendet werden dürfen.

Als letzte Punkte sind die Bestimmung des Ortes der nächsten Tagung sowie die Wahl der Funktionäre festgesetzt. Der österreichische Metallarbeiter kommt auf Grund des Berichtes zu der Schlussfolgerung: Wir müssen unverholen gestehen, daß der Ausbau der internationalen Beziehungen in den letzten Jahren insbesondere in England weit größere Fortschritte hätte machen können als es tatsächlich der Fall war. Eine weitere Ausgestaltung des internationalen Bureaus scheint unerlässlich, um in Zukunft zu dem erwünschten Ziele zu gelangen. Seine Organisation und Aufgaben werden den Kongress vor allem beschäftigen müssen, wobei die Frage in Erwägung gezogen werden muß, ob es für die Ausgestaltung der internationalen Beziehung nicht zweckmäßiger wäre, den Sitz des Bureaus nach Stuttgart, wo der stärkste Verband von Metallarbeitern seine Leitung hat, zu verlegen. Eine offene gegenseitige Aussprache der Delegierten auf dem Kongress zu Amsterdam nach der Richtung wird voraussichtlich dazu führen, die Sache zu fördern und in naher Zukunft ein engeres Band der Freundschaft um die Metallarbeiter in allen Ländern zu schlingen.

## Arbeitsmarkt.

Der Arbeitsmarkt im Mai 1904.

### Metall- und Maschinenindustrie.

Die Entwicklung der Arbeitslage der Metallindustrie im Mai war im allgemeinen eine günstige. Der Abwurf von Hoheisen war ziemlich reger, wenn auch nicht so gut wie im April. Die Eisengießerei war in allen Bezirken zufriedenstellend, stellenweise vorzüglich beschäftigt. Gusseisen- und Abfuhröhren waren sehr stark verlangt, die Nachfrage nach Baugruppen steigerte sich entsprechend der Bauaktion. Auch für die meisten anderen Fabrikate der Eisenindustrie bestand regere Nachfrage. In einer größeren Anzahl von Werken konnten dementsprechend Neueinstellungen von Arbeitern vorgenommen werden, zum Teil in nicht unbedeutendem Maße. Arbeitskräfte waren dementsprechend an den meisten Orten nicht wesentlich mehr angeboten, als gebraucht wurden, und die Löhne konnten im allgemeinen eine steigende Tendenz einnehmen. Facharbeiter waren vielfach schwer erhältlich.

Die Stahlwerke bezeichnen fast durchgehends die Beschäftigung als befriedigend und als wesentlich besser im Vergleich zum Mai des Vorjahres. Der Mangel an Stahlformen, der von mehreren Werken im April gemeldet wurde, hat im Mai nachgelassen. Die Löhne hatten steigende Tendenz, trotz zufriedenstellender Beschäftigung kam man überall mit normalen Arbeitslöhnen aus.

In ähnlichem Sinne äußern sich auch die Balzwerke der verschiedenen Branchen, welche mit Ausnahme der Blechwalzwerke durchgehends genügend zu tun haben. Auch bei den Blechwalzwerken ist eine Verschlechterung nicht eingetreten, sie waren wächtig beschäftigt und die beschaffenden Werke konnten ohne Schwierigkeiten einen normalen Bestand aufrecht erhalten. Die Werte leiden zum Teil nach ihrer Angabe durch die sehr niedrigen Preiseinstellungen, die der Feinblechverband im Kampfe gegen die outsiders festgelegt hat. Die Nachfrage nach Stahlröhren war zufriedenstellend, ebenso die Nachfrage nach schmiedeeisernen Röhren, sowie nach Stabeisen insbesondere Schweißstabeisen. Auch die Emailierwerke waren mit Aufträgen in genügender Weise versehen. An ungelerten Arbeitskräften war reichliches Angebot vorhanden, Facharbeiter waren an vielen Orten sehr gesucht.

In der Kleinmaschinenindustrie ist ein leichtes Abflauen der Konjunktur im Mai eingetreten. Unter andern Momenten kommt in Betracht, daß der Export nach Rußland infolge des Krieges zurückgegangen ist und Bestellungen von dort nur spärlich eingehen. Das Angebot der Arbeitskräfte war normal. Die Löhne blieben in Rußland unverändert. In Solingen beanspruchten die Federherstellere höhere Löhne, zuletzt bestand sich die Angelegenheit im Stadium der Verhandlung mit den Fabrikanten.

Eine zusammenfassende Beurteilung der Lage der im allgemeinen Maschinenbau tätigen Werke ist nicht möglich, trotzdem wird man kaum fehlgehen, wenn man mit allen Vorbehalt die Beschäftigung auch im Mai wieder als eine mittlere bezeichnet. Bei einzelnen Werken war die Beschäftigung geringer, es hängt das aber zum Teil auch mit örtlichen Verhältnissen und Eigenarten der betreffenden Werke zusammen. In der Feinblechfabrikation war die Beschäftigung der einzelnen Werke sehr verschieden. Bei einzelnen Werken war Überzeitarbeit erforderlich, bei anderen Betriebsbeschränkungen. In dem Bau von Kesselmaschinen fand eine Hebung der Nachfrage statt. Besonders stark hatte die Fabrikation von Gas- und Kraftmaschinen zu tun. Die Preise werden aber als sehr gedrückt bezeichnet. Lohnveränderungen sind in einzelnen Betrieben dadurch eingetreten, daß von der selbständigen zur gehilfsständigen Arbeitszeit übergegangen wurde, unter Beibehaltung der gleichen Löhne. Ein allgemeines Steigen des Lohnniveaus ist dagegen nicht eingetreten.

Der Spezialmaschinenbau war in einzelnen Branchen recht zufriedenstellend beschäftigt. In dieser Hinsicht sind in erster Linie zu nennen der Bau von Hebezeugen und Papiermaschinen, ferner die Fabrikation von Appreturmaschinen. Im Bandmaschinenbau hat die Beschäftigung im Mai gegen April nicht weiter nachgelassen, sie war aber schlechter als im Mai des Vorjahres. Die Fabrikation von Maschinen für die Zuckerindustrie war hinreichend beschäftigt, ebenso die Fabrikation von Drahtseilbahnen. Eine geringe Abschwächung brachte der Monat Mai in der Fabrikation von Bohrbedarfsmaterial, Pumpwerken, Signalbauapparaten, Wassererwärmungsapparaten. Werke, welche Maschinen für Berg- und Hüttenwerke herstellen, waren verschieden beschäftigt, zum Teil gut, zum Teil nur schwach. Gut war die Beschäftigung im Bau von Motorwagen, Fahrträdern und Nähmaschinen.

Volle Beschäftigung wiesen auch die Werke der Branche, welche Maschinenteile (Schrauben, Rieten, Muttern, Zahnräder, Transmissionsriemen) herstellen. Hier war in einzelnen Betrieben Überzeitarbeit erforderlich. Änderungen der Löhne haben nicht stattgefunden. Im Bau von landwirtschaftlichen Maschinen lagen im

allgemeinen genügende Aufträge vor. Auch hier machte sich der russische Krieg dahin geltend, daß der Export nach Rußland stockt. Der Verkauf in Deutschland wurde in manchen Gegenden durch die herrschende Trockenheit behindert. Im ganzen arbeitet die Industrie aber unter durchaus normalen Verhältnissen.

Die Lokomotivbauanstalten melden eine ruhige, ziemlich gleichmäßige Beschäftigung, zum Teil eine Besserung gegen die vorhergehenden Monate. Änderungen der Arbeitszeit und der Löhne haben nur vereinzelt aus besonderen Gründen stattgefunden.

Im Eisenbahnbau hat der Monat Mai eine bemerkenswerte weitere Besserung der Arbeitslage gebracht. Es sind zahlreiche und umfangreiche Aufträge von in- und ausländischen Eisenbahnverwaltungen bei den Werken eingegangen. Insbesondere liegen die Verhältnisse günstig für den Bau von Personenwagen, wogegen die Verhältnisse für den Bau von Güterwagen noch nicht alle Werke genügend beschäftigt sind. Ein Anzahl von Werken hat Neueinstellungen vornehmen können. Von einem Werke wird eine Lohnveränderung berichtet, sonst ist eine Änderung des allgemeinen Lohnniveaus in dieser Industrie nicht eingetreten. Arbeitskräfte waren genügend vorhanden, hervorzuheben wird nur ein Fehlen von Stellmachern.

Die Arbeitslage in der Drahtindustrie war im allgemeinen günstig und gegen die letzte Zeit im wesentlichen unverändert.

### Elektrische Industrie.

Die günstige Gesamtkonjunktur in der elektrischen Industrie hat auch im Mai angehalten, unbeschadet einer Abschwächung der Beschäftigung in einzelnen Spezialbranchen. Die Fabrikation von Dynamos, Transformatoren und Elektromotoren war voll beschäftigt. Das gleiche gilt für die Herstellung von Starkstromapparaten. In der Beleuchtungsbranche (Bogenlampen, elektrische Kohlen) ließ wie alljährlich die Beschäftigung im Mai etwas nach. In isolierten Schwachstromdrähten und Seidenbrähten war die Beschäftigung gut, in isolierten Starkstromdrähten im ganzen befriedigend, in Schwachstromdrähten ziemlich gut, in Starkstromdrähten schlecht. Es wird das letztere in Verbindung gebracht mit der großen Fülle in der elektrischen Industrie und der Ausdehnung des Geschäftskreises derselben, durch welche einem Teile der in dieser Branche tätigen Firmen ein großer Teil der Aufträge genommen ist. Für elektrische Isoliermaterialien hat das Inlandgeschäft sich weiter günstig entwickelt, das Exportgeschäft leidet teils unter ungenügender Zolbehandlung in einzelnen Ländern, teils durch die verschlechterte Geschäftslage in einzelnen Ländern (Rußland, Japan). Die Beschäftigung der Werke, welche elektrische Meßinstrumente herstellen, war normal. In der Fabrikation von Telephonapparaten war von einer Seite eine leichte Verschlechterung gemeldet, ohne daß dadurch die Arbeitsverhältnisse berührt worden wären. Das Angebot von Arbeitskräften entsprach in der Industrie den üblichen Verhältnissen. Änderungen in der Arbeitszeit und in den Löhnen waren nicht gemeldet.

## Das Reichsgericht über Arbeiterausperrung.

Der Grundstein unterzieht das von uns in Nr. 24 mitgeteilte Urteil des Reichsgerichts in der Schadenersatzklage des Kupferschmelzers St. in Berlin, über den der Metallindustriellen-Verband dauernd die Sperre verhängt hatte, einer Kritik, die davon ausgeht, daß das Urteil nur einen einzelnen Fall trifft, eine von bestimmten Umständen abhängende Frage behandelt. Das Reichsgericht spricht nicht aus, daß die Berufserklärung und die Verhängung der Arbeitssperre durch von der Unternehmerkoalition in Umlauf gesetzte „schwarze Listen“ überhaupt und grundsätzlich gegen die guten Sitten verstößt. Es läßt solche Maßregelung bedingungsweise als eine berechnete zu, nämlich, wenn sich der Arbeiter schwerer Verfehlung im Arbeitsverhältnis schuldig macht. Diese Argumentation ist eine sehr bedenkliche. Denn das Urteil gibt keine Bestimmung des Begriffs „schwere Verfehlung“. Überhaupt dürfte es sehr schwer, wo nicht unmöglich sein, diesen Begriff in rechtsverbindlicher Form juristisch so zu fassen, daß er keine willkürliche Ausdeutung gestattet. Der Gesetzgeber kann sagen: Diese oder jene genau bestimmte und erkennbare Handlung oder Unterlassung ist eine Verfehlung, die Rechtsnachteile bedingt. Der Richter aber kann das nicht ohne weiteres. Der hier in Rede stehende Begriff ist überaus dehnbar. Als schwere Verfehlung der Arbeiter pflegen die Unternehmer ja jede Handlung und Unterlassung aufzufassen, die ihren Interessen, ihrer Amation, ihrem Herrschaftsanspruch widerspricht. Angenommen aber, ein Arbeiter ließe sich wirklich das zu schulden kommen, was man eine schwere Verfehlung im Arbeitsverhältnis nennen könnte, so würde sich aus dem Umstand, daß diese Verfehlung einen einzelnen Unternehmer trifft, doch rechtlich nicht folgern lassen, daß nunmehr die Organisation, welcher der Unternehmer angehört, beauftragt sei, durch Berufserklärung dem Arbeiter es unmöglich zu machen, in seinem Beruf wieder Beschäftigung zu erhalten, die Verfehlung mit Vernichtung der wirtschaftlichen Existenz der Arbeiter zu ahnden. Das würde eine gegen das menschliche Recht gehende, also höchst unethische Maßregelung sein.

Man könnte zu der Meinung geneigt sein, mit dem Reichsgerichtsurteil sei wenigstens ein teilweiser Schutz gegen den Unternehmerterrorismus gegeben. Bei näherem Eingehen in die Sache erscheint jedoch diese Meinung als eine etwas gemagte. Denn es ist nicht ausgeschlossen, vielmehr sehr wahrscheinlich, daß Unternehmertum und Gerechtigkeit auch die Verhängung der Arbeitssperre seitens der Arbeiterorganisation über Unternehmer ganz generell als unzulässig „gegen die guten Sitten verstößend“ erachten. Verzüge in dieser Richtung sind ja schon viele gemacht worden. Und doch ist ein großer Unterschied zwischen Sperren dieser Art nach dem Terrorismus, den die Unternehmer mit den „schwarzen Listen“ gegen die Arbeiter üben. Die Arbeiter verhängen Sperren über Unternehmer, die ihre Forderungen, betreffend die Arbeitsbedingungen nicht erfüllen wollen, und auf diese Weise die Bewilligung zu erreichen. Das ist ein ganz selbstverständliches legales Mittel im wirtschaftlichen Interessenkampf zwischen Arbeitern und Unternehmern; auf andere Weise würden die Arbeiter mit Erfolg ihr gesetzliches Recht der Koalition und der Arbeitseinstellung gar nicht ausüben können. Denn zur Verhängung von Sperren zu schreiten, ohne den Mitgliedern der Organisation und Koalition die Pflicht aufzuerlegen, bei Unternehmern, welche die Bewilligung der Forderungen ablehnen, die Arbeit einzustellen, würde ein Unfug sein.

Noch niemals aber hat eine Arbeiterorganisation die Arbeitssperre verhängt über Unternehmer deshalb, weil dieselben einer Forderung oder einem sonstigen Unternehmervorhaben angehören und, um sie zu zwingen, aus solch einer Organisation auszutreten. Die Unternehmerorganisation hingegen betreibt, wie das auch in dem vom Reichsgericht entschiedenen Falle festgestellt ist, systematisch die Berufserklärung und Aussperrung solcher Arbeiter, die ihr wegen ihrer Zugehörigkeit zu einer Organisation nicht genehm sind; durch das Anwesen der „schwarzen Listen“ wollen sie die Arbeiter zwingen, Verzicht zu leisten, auf die Ausübung auf ihr gesetzliches Recht der Koalition und der Propaganda für ihre berechtigten Interessen.

Das ist der große Unterschied. Auch hat die Arbeiterorganisation noch niemals dauernd die Sperre über Unternehmer verhängt; immer wird sie regelrecht aufgehoben, sobald die Differenzen erledigt sind oder ihre Aufrechterhaltung nicht zum Ziele führt.

Der Entscheidung der Frage, ob die auf Vergewaltigung eines Rechtes der Arbeiter gerichtete Berufserklärung durch die Unternehmerorganisation den guten Sitten widerspricht, unzulässig, widerrechtlich ist, hat das Reichsgericht leider Fall gemacht. Und doch wäre es ohne weiteres klar und bündig ohne juristische Umschweife und Listeleien in bejahendem Sinne zu entscheiden. Wir sind überzeugt, es wäre bereits längst entschieden, wenn die Sache umgekehrt läge, daß Arbeiterorganisationen

die terroristische Praxis übten, Unternehmer wegen ihrer Zugehörigkeit zu einer Organisation oder politischen Partei in Verzug zu erklären, sie dafür, daß sie gemeinsam erlaubte Zwecke verfolgen, mit schwerer wirtschaftlicher Schädigung zu bedrohen.

Es ist unerhört, daß noch kein Gericht in Deutschland so konsequent gewesen ist, durch klaren und bündigen Urteilspruch dem Recht der Arbeiter gegenüber dem Unternehmerterrorismus Anerkennung und Schutz zu gewähren.

Um so entschiedener ist darauf zu drängen, daß der Gesetzgeber, die Gesetzgebung des Reiches — wie die Sozialdemokratie fordert — diesen Schutz gewährt, indem sie mit Strafe bedroht diejenigen Unternehmer, welche, eingreifend in das Recht der Befähigung der Arbeitskraft, Arbeiter aus dem erwählten Grund in Verzug erklären und aussperren. Damit würde die „Frage“, die für vernünftig und gerecht urteilende Menschen gar keine Frage ist, auch nach der zivilrechtlichen Seite hin entschieden sein.

Zum Schluß stellt der Grundstein es der reichlichen Erölung der Arbeiterorganisationen anheim, wenn dieser Unfug fordbauern und der gesetzliche Schutz nicht bald folgen sollte, ob es nicht angezeigt sei, den Speiß umzukehren und zu erklären, es wird die Sperre verhängt über jeden Unternehmer, der einer Forderung oder sonstigen Organisation angehört beziehungsweise sich weigert, derselben zu entsagen. Dann würde es, darauf darf man sich verlassen, sehr bald zu einer gesetzlichen Entscheidung kommen, die selbstverständlich nicht einseitig nur gegen die Arbeiter ausfallen könnte, wollte man nicht dem Recht und der Gerechtigkeit Hohn sprechen. Auf diese Weise könnte, wenn nichts anderes hilft, der gesetzliche Schutz des Koalitionsrechtes erzwingen werden.

Wollen die maßgebenden Faktoren es darauf ankommen lassen? Sie würden die Verantwortung tragen für die wirtschaftlich zerrüttenden Kämpfe, die diese Repressalie mit sich bringen würde.

## Eine Revue.

### Der Deutsche Metallarbeiter-Verband und der Hirsch-Dunckerische Gewerbeverein der Maschinenbau- und Metallarbeiter.

Die Tabelle auf Seite 219 dieser Nummer 28 gibt eine Übersicht über die Verbreitung der beiden für die Metallarbeiter Deutschlands hauptsächlich in Betracht kommenden gewerkschaftlichen Organisationen. Aus den Jahresabrechnungen des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes ist zwar bisher schon immer ersichtlich gewesen, an welchen Orten und in welcher Zahl er dort vertreten ist. Da jedoch die Orte durch ganz Deutschland in alphabetischer Anordnung aufgeführt wurden, war es immerhin nicht leicht, ein Bild über die Verbreitung in den einzelnen Landesteilen oder Bezirken zu gewinnen. Wir haben deshalb für unsere Darstellung die Bezirksenteilung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes zugrunde gelegt und auch die Orte, wo der Hirsch-Dunckerische Gewerbeverein vertreten ist, in diese Bezirke eingereiht. Für unsere Verbandskollegen wird es gewiß von Interesse und Wert sein, auch einmal genau zu wissen, an welchen Orten und in welcher Stärke der Hirsch-Dunckerische Gewerbeverein dort vertreten ist. Denn bisher schwebte darüber dieses Dunkel, weil der Gewerbeverein der Öffentlichkeit keine spezifizierten Mitgliederzahlen mitgeteilt hat. Die in der Tabelle angegebenen Mitgliederzahlen der beiden Verbände, 160185 und 49239, gelten für den Deutschen Metallarbeiter-Verband pro 31. Dezember 1903, für den Gewerbeverein pro 31. Januar 1904.

Aus der Tabelle ist zu ersehen, daß der Gewerbeverein 700 Ortsvereine besitzt, also eine große Anzahl mehr als der Deutsche Metallarbeiter-Verband. Dieses resultiert auch daraus mit, daß der Gewerbeverein an mehreren Orten mehr als einen Verein hat. Dann hat er in vielen Vororten größerer Städte Ortsvereine, während beim Metallarbeiter-Verband diese Vororte der Stadt „einverleibt“ sind.

Die interessanteste Tatsache ist jedenfalls die, daß der Gewerbeverein nur noch in zwei Bezirken, im 1. und 2., dem Metallarbeiter-Verband an Mitgliederzahl überlegen ist; sogar in Rheinlands-Westfalen, wo er noch 1902 mehr Mitglieder zählte wie wir, haben wir ihn bedeutend überflügelt. Weit zurück aber bleibt er in den übrigen sieben Bezirken.

Die rapide Zunahme des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes in den letzten Jahren hat das Rekrutierungsgebiet des Gewerbevereins bedeutend eingeschränkt, und da unser Verband zweifellos noch weiter wachsen wird — unsere Kollegen werden gewiß dafür sorgen —, so ist dem Gewerbeverein jede Aussicht benommen, daß er über seinen jetzigen Stand noch weit hinauskommen wird. Hat er ja doch im letzten Jahre nicht nur stagniert, sondern an Mitgliederzahl sogar abgenommen. Dieser Rückgang wird noch größer werden, wenn der Gewerbeverein es gelingen sollte, seine Beiträge zu erhöhen, welche Notwendigkeit immer näher rückt. Die Erhöhung wird schon allein deshalb nötig werden, wenn der Gewerbeverein die vierjährige Karenzzeit für den Bezug der Arbeitslosenunterstützung herabsetzt. Dazu werden ihn nun schon seine Mitglieder drängen. — Zu der Tabelle ist noch folgendes zu bemerken:

Der \* bei einem Orte bedeutet, daß an diesem Orte oder engeren Bezirk der Gewerbeverein der Maschinenbauer mehr als einen Ortsverein hat. Die Mitgliederzahl\* dafür haben wir insgesamt angegeben. Wir lassen jedoch hier noch die einzelnen Ortsvereine und ihre Mitgliederzahlen folgen. Erster Bezirk: Danzig: I 293, II 114; Götting: I 235, II 89; Landsberg a. B.: I 249, II 28; Posen: I 185, II 108. — Zweiter Bezirk: Breslau: I 897, II 127, III 96; Gleiwitz: I 218, II 122, III 113; Götting: I 235, II 89; Laurabütte: I 63, II 120. — Dritter Bezirk: Berlin: I N. 504, II O. 503, III NW. 426, IV SW. 222, V SO. 225, VI W. 90, VII N. 165, VIII O. 96, IX 166, X 56; Romawes-Neuendorf: Romawes 83, Neuendorf 84. — Vierter Bezirk: Dresden: I 127, II 49, III 30; Leipzig: I 135, II 73, III 40, IV 89, V 110, VI 20, VII 21. — Fünfter Bezirk: Halle a. S.: I 215, II 38. — Sechster Bezirk: Hamburg: I 203, II 48. — Siebter Bezirk: Wachen: I 282, II 89; Barmen-Eberfeld: Barmen 42, Eberfeld 56; Bochum: I 198, II 27; Bruchhausen: I 112, II 95; Dortmund: I 346, II 187, III 131, IV 19; Düsseldorf: I 147, II 83, III 77; Oberbühl 300; Duisburg: I 147, II 120; Essen a. R.: I 236, II 106, III (West) 93, IV (West) 99; Gevelsberg: I 71, II 130; Gelsenkirchen-Schalke: Gelsenkirchen 92, Schalke 215; Hagen: I 48, II 117, III 26; Krefeld: I 68, II 28; Meiderich a. R.: I 139, II 50; Mülheim a. R.: I 139, II 16, III 12; Oberhausen: I 72, II 141; Rheynl.-M.-Gladbach: Rhendt 46, M.-Gladbach 36; Styrum: I 169, II 45. — Achter Bezirk: Karlsruhe: I 56, II 58; Mannheim: I 121, II 122, III 220; Stuttgart: Stuttgart 16, Stuttgart-Berg 37. — Neunter Bezirk: Augsburg: I 221, II 109, III 64.

Über die Mitgliederzahl der beiden Verbände in den einzelnen Bezirken geben wir folgende gedrängte Zusammenstellung:

	Deutscher Metallarbeiter-Verband	Gewerbeverein
Erster Bezirk	2683	4373
Zweiter	3893	7005
Dritter	39498	5311
Vierter	24863	2255
Fünfter	17587	4088
Sechster	17974	860
Siebter	19356	14725
Achter	7056	1093
Neunter	11425	2372
Zehnter	15238	1118
Einzelmitglieder	560	—
	160185	49239

Wir empfehlen nun unseren Kollegen, die Einzelheiten der auf der nächsten Seite folgenden Tabelle genau zu beachten. Sie werden dadurch gar manchen Fingerzeig erhalten. — Wir hoffen auch, daß wir recht bald wieder in der Lage sein werden, eine Zusammenstellung zu veröffentlichen, aus der unsere dominierende Stellung noch stärker hervortreten wird. Vorwärts, zu neuem Fortschritt!





brecherarbeit einiger Hamburger Meistersöhne dem Streik das Genick brechen wird? So optimistisch werden selbst die Hamburger Zunftmeister bei aller Naivität, die ihnen nach obigem Schreiben zu erschnen eigen ist, wohl kaum sein.

**Metallarbeiter.**

**Furtwangen.** Zu den vielen, in ihrer Art aber oft recht zweifelhaften Begünstigungen, die die hiesigen Uhrenindustriellen ihren Arbeitern zu teil werden lassen, gehört auch die Zeit der sogenannten Inventuraufnahme. Während die Unternehmer in der Zeit dieses gewöhnlich achtstägigen Geschäftsstillstandes ihren im vergangenen Jahre aus der Arbeiterschaft herausgeworbenen Profit ausrechnen, muß sich die Arbeiterschaft einer gleich langen verdienstlosen Zeit hingeben. Und doch steht es ohne Zweifel fest, daß bei den hiesigen schlechten Lohnverhältnissen mancher Arbeiter, der mit Kindern reich gesegnet ist, durch den entsetzlichen Lohnausfall in bittere Not gerät. Aber es ist schon oft genug von dieser Stelle aus betont worden, daß es bei den Herren Unternehmern eine Rücksicht auf die Arbeiter nicht gibt, sondern nur der liebe Geldsack in Betracht kommt. Was gehen diesen Herren notleidende Arbeiterfamilien an? Und doch wäre es ganz leicht durchführbar, dieses alte System der Geschäftsführung abzuschaffen. Sind doch die modernen Tiefenbetriebe mit Tausenden von Arbeitern aus Anlaß der Inventur auch nicht genötigt, eine Stilllegung des Betriebs herbeizuführen. Was dort möglich, müßte im kleineren Betrieb noch leichter durchführbar sein, wenn der Wille dazu vorhanden wäre. Wenn nun das Unternehmertum aus eigener Initiative einer so gerechten Forderung nicht entspricht, sollte man glauben, daß die Arbeiterschaft, die an der Erhöhung ihres Verdienstes gewiß interessiert genug ist, sich endlich mit Energie für diese Forderung verwenden würde. Aber hier zeigt sich ein Bild der Zerfahrenheit. Gibt es doch noch sogenannte Arbeiter, "Freunde", die mit dem Argument kommen: "Wenn das Jahr herum ist, hat man doch nicht mehr." Wieder andere sagen: "Wenn man zuviel verdient, wird wieder abgezogen." Die große Masse aber enthielt sich jeder Diskussion. Wohl wird am Bierisch einmal geschimpft, aber dabei bleibt's auch, zu etwas weiterem können sich diese Leute nicht aufraffen. Und daraus erklärt sich auch das Verhalten der Unternehmer. Nebenbei häßlichen die Fabrikanten die Klimbinvereine, um die Arbeiter vom Denken, Eintreten für Verbesserung ihrer Lebenshaltung abzuhalten, sie zu jeder freien Bewegung unfähig zu machen. Und doch wäre die Organisation imstande, diesen unwürdigen Zuständen ein Ende zu bereiten, wenn eine starke Organisation hier vorhanden wäre. Die eifrige Arbeit der bereits organisierten Kollegen ist daher nötig, uns vorwärts zu bringen.

**Seidenheim.** Die Zustände in der Boitischen Maschinenfabrik waren der Gegenstand einer von der Ortsverwaltung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes einberufenen Versammlung. Durch die schlechte Behandlung der Arbeiter von Seiten des Betriebsleiters wie auch durch die überlange Arbeitszeit und fortwährenden Akkordreduktionen wurden auch die Boitischen Arbeiter veranlaßt sich aufzurufen, um dieser Willkür einen Damm entgegenzusetzen. In der Versammlung wurde festgestellt, daß die Arbeiter bei 11 bis 15stündiger täglicher Arbeitszeit in Akkord nicht mehr als 4,50 Mk. verdienen können; wenn einer mehr verdient hat, wird dieses Mehr einfach nicht ausbezahlt. Auf der anderen Seite werden die Arbeiter jedoch von den vorhandenen Antreibern zur Fertigstellung von möglichst viel Arbeit angehalten. Der erst kurze Zeit im Betrieb befindliche Betriebsleiter besteuert einen Ton anzuschlagen, der einem preußischen Unteroffizier möglichst gleich kommt, auch der Drill, welcher in der Fabrik eingeführt wird, erinnert sehr stark an die Kaserne. An diesen Mißständen ist nur der Individualismus der Boitischen Arbeiter selbst schuld, von denen ein Teil bis jetzt anscheinend glaubte, durch Biebedienerei nach oben für sich bessere Verhältnisse herauszuschlagen. Ein großes Schlaglicht in bezug auf die Berechtigung der Lebenshaltung und des Daseins der Arbeiter werfen die verschiedenen Aussprüche des Direktors, der unter anderem seinen Arbeitern den Rat gibt: "Nicht so viel zu verzehren!" "Nicht so früh zu heiraten!" und "Nicht so viel Kinder in die Welt zu setzen!" zc. Dabei entblöden sich die Herren nicht, zu sagen, sie seien selbst Sozialdemokraten — wenn auch gemäßigte. Man braucht wahrlich kein Sozialdemokrat zu sein, um die Zustände bei Boith nicht für recht und gut zu finden, und wie wenig Recht die Direktion hat, solche Worte im Munde zu führen, beweist der Umstand, daß Kollege Bergmann, der die Mißstände des Betriebs in der Versammlung vorbrachte, anderen Tags schon mit dem Bemerkten entlassen wurde, daß für Aufwiegler und Hezer im Geschäft kein Raum sei. Herr Boith mag sich zur Notiz nehmen, daß nicht diejenigen, welche die unwürdigen Zustände aufdecken, die Hezer sind, sondern die, die diese Zustände veranlassen! Den dort beschäftigten Arbeitern aber rufen wir zu: Einigt euch! Laßt ab von dem Haber untereinander. Denkt an das Sprichwort: Wenn zwei sich streiten, freut sich der dritte. Denkt daran, daß unter den jetzigen Verhältnissen Frau und Kinder gezwungen sind, um Lebensunterhalt beizutragen. Sorgt dafür, daß dies anders wird! Verschafft euch durch den Beitritt zur Organisation den euch zukommenden Anspruch auf ein geregelteres Familienleben!

**Lübeck.** Die Ausferrung auf der Röchigen Schiffswerft ist beendet, nachdem die Mieter nach einem 70-tägigen Kampfe die Zustände der Direktion angenommen haben und weitere Zugeständnisse in nochmaliger Verhandlung mit der Verwaltung nicht zu erlangen waren. In einer am 22. Juni stattgefundenen Versammlung der Ausständigen gelangte nach einer dreieinhalb Stunden währenden Debatte in geheimer Abstimmung folgende Resolution mit 71 gegen 54 Stimmen zur Annahme: "In Erwägung der langen Dauer des Kampfes einerseits und den teilweisen Zugeständnissen der Werft andererseits, in denen den Mietern zwar nicht die Gewähr für einen auskömmlichen Verdienst, wohl aber für ein gesundes und geregeltes Arbeitsverhältnis gegeben wird, in fernerer Erwägung, daß die Direktion die mündliche Erklärung abgegeben hat, daß sie, falls sich die Akkordpreise als ungenügende herausstellen, zu Aufbesserungen geneigt sei, in schließlich Erwägung, weitere Schädigung von den Ausgesperrten abzuwenden, beschließt die Versammlung, die Arbeit zu den angebotenen Bedingungen aufzunehmen." Die Wiederaufnahme der Arbeit erfolgte am 24. Juni früh. Erreicht haben die Mieter durch ihren Kampf, daß ein ungeordnetes, auf Schwindel aufgebautes Arbeitssystem beseitigt und an dessen Stelle für die Außenhandwerker ein zehnprozentiger, für die Innenhautwerker ein fünfprozentiger Lohnaufschlag eingeführt ist. Ferner haben sie erreicht, daß die Stellagen, die sie bisher selbst bauen mußten, von sachkundigen Leuten hergestellt werden. Außerdem sind folgende Zugeständnisse gemacht worden: Für Überstunden und in Nachtschicht gearbeitete Stunden wird, gleichviel ob Lohn oder Akkord, 50 Prozent vom Lohn bezahlt. Für Reparaturen wird Schmutzgeld in der bisherigen Weise bezahlt, ein allgemeiner Lohnaufschlag für Schmutzgeld bei Reparaturarbeiten soll seitens der Direktion von Fall zu Fall geregelt werden. Der Einstellungslohn beträgt 34 Pf., nach vierzehntägiger Arbeit wird derselbe bei genügender Arbeitsleistung um 2 Pf. pro Stunde erhöht. Den wieder-eintretenden Mietern wird der bei ihrem Abgang bezahlte Lohn wieder gewährt.

**Memmingen.** Am 25. Juni referierte Kollege Freisinger aus München über Zweck und Nutzen des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes und streifte zuletzt auch die Verhältnisse der Metallarbeiter von Memmingen. Diefelben muß man durchwegs als schlechte bezeichnen. Es werden hier für Schlosser, Dreher u. s. w. Löhne von 10, 12, 15 bis zum Höchstlohn von 18 Mk. bezahlt. Besonders trübselig ist die Lage der Arbeiter in der Hagenmüllerschen Maschinenfabrik. Seit drei Jahren befindet sich letztere in Zahlungsunvermögen und seit dieser Zeit wurden die Arbeiter nicht mehr richtig entlohnt. Anstatt des vollen Wochenlohnes erhielten dieselben Abschlagszahlungen in Höhe von 5, 6, 8, 10 und wenn es gut ging 15 Mk. in der Woche. Der verbleibende Rest wurde den Arbeitern gutgeschrieben und so ist es gekommen, daß die Firma ihrer Arbeiterschaft Löhne schuldet in der Höhe von 50, 100, 200, 400, 600, 700 Mk. und bei einem Arbeiter soll die Schuldsomme nahe an 2000 Mk. betragen. Im ganzen dürfte sich die Gesamtschuld der Firma an

ihre 40 Arbeiter auf 6—7000 Mk. belaufen. Nachdem nun die Arbeiter obengenannter Fabrik einsehen, daß in absehbarer Zeit eine Verbesserung dieser trübseligen Zustände nicht eintreten wird, entschlossen sie sich, gemeinsam die Fabrik zu verlassen und die Firma bei Nichtzahlung ihres Lohnrestes zu verklagen. Es hörten insolgebeßten am 27. Juni sämtliche Arbeiter auf. Leider sind im ganzen nur fünf Mann organisiert und müssen die übrigen zu spät erkennen, welchen Vorteil auch in diesem Falle ihnen die Organisation bieten würde. Um jedoch auch die übrigen Metallarbeiter vor Schaden zu bewahren, ersuchen wir, die Firma Hagenmüller zu meiden.

**Münchenberg (Oberlausitz).** Eine Metallarbeiterversammlung — in der Scheune. Nach vieler Mühe war es endlich gelungen, für die Metallarbeiter der Lauchhammer Gegend ein Lokal für eine Versammlung zu erhalten. Allerdings müßte man die Ansprüche auf das niedrigste Maß zurückschrauben. Es war eine Scheune, die ihr Besitzer zu einer Versammlung hergeben wollte. Der Tag der Versammlung kam und — was befürchtet worden war, trat nicht ein — der Mann, der keine Scheune verprochen hatte, zog sein Wort nicht zurück. Die Versammlung nahm ihren Anfang. Kollege Cohen-Berlin sprach über die Notwendigkeit der gewerkschaftlichen Organisation. Bevor er jedoch beginnen konnte, verlangte der Hüter des Geseßes, daß die auf dem Hofe lebenden Arbeiter in die Scheune traten. Als das geschehen war, fragte Cohen den Geseßeswächter, ob so dem Geseß Genüge geschehen sei und die Versammlung beginnen könne. Ein Za des Weidarmen war die Antwort. Nun schienen alle Hindernisse behoben und der Referent begann. Er sprach zunächst von dem Werte der kürzeren Arbeitszeit und beleuchtete diese nach allen Richtungen. Die Scheune hatte sich inzwischen immer mehr gefüllt, die Neuankommenden hatten in der Scheune keinen Platz mehr, sondern mußten vor der Scheune auf dem Hofe stehen. Immer mehr Arbeiter kamen, um zu hören, was in der Versammlung gesprochen wird. Die Zahl der Zuhörer mochte wohl schon gegen 200 betragen. Da — der Referent, der seit dreiviertel Stunden sprach, schiedte sich gerade an, die übrigen Aufgaben der Gewerkschaften einer Besprechung zu unterziehen — löste plötzlich aus der Ecke eine freischwebende Stimme: Die Versammlung ist aufgelöst! Der Gerdarm hatte es gerufen. Einen Augenblick war alles sprachlos. Warum mochte das geschehen sein? Vergeblich wurde der Geseßeswächter mit Fragen bestrahlt. Der Mann gab keine Auskunft, sondern verlangte die Räumung der Scheune. Erst als das geschehen, bequante sich der Mann des Geseßes zu der Auskunft, die Auflösung sei erfolgt, weil die Versammlungsteilnehmer nicht nur in der Scheune, sondern auch vor der Scheune ständen. Darüber machte sich die Entrüstung über diesen bei den Haaren herbeigezogenen Grund in lauten Worten Luft. Schließlich aber, und das ist das Beste, kann gemeldet werden, daß trotz der Auflösung doch noch alles, was durch die Versammlung geschehen sollte, nachträglich erreicht worden ist. Daß mit dem Akt der Auflösung der Geseßeswächter ebenfalls, wenn auch gegen seinen Willen, für uns agitiert hat, dürfte dem Manne wohl bald bekannt werden. Alles in allem kann gesagt werden, wir haben den gewollten Anschluß bekommen trotz der Auflösung und durch die Auflösung noch neuen Agitationsstoff. Der Grundstein für eine gewerkschaftliche Organisation ist gelegt. Nun gilt es für die Arbeiter von Lauchhammer und Umgegend, weiter zu bauen.

**Neumünster.** Der Deutsche Metallarbeiter, Organ des christlich-sozialen Metallarbeiter-Verbandes (Duisburg), bringt in seiner Nr. 13 eine Schauerarbeit, die mich veranlaßte, der Sache näher zu treten. Schon von dem Bevollmächtigten der Verwaltungsstelle Neumünster war die Angelegenheit untersucht und den Sündern bedeutet worden — und zwar in ganz energischer Weise —, daß man mit Schlägen nicht agitieren könne, daß das energisch mißbilligt werden müsse. Doch wer hat nicht einmal genötigt, über die Schur gehauen u. i. w.? Oder soll ich den Herren Christlichen des genannten Blattes einige Helzentaten in Erinnerung rufen? Vordringlich will ich es unterlassen, bemerke aber, daß auch ich die Schlägereien ganz entschieden verurteile und sie absolut nicht als Agitationsmittel betrachte. Doch eines muß ich verlangen, daß der Verichterlatler in Neumünster bei solchen Dingen bei der Wahrheit bleibt. Eine Unwahrheit ist es, daß der Ruf: "Entweder Verband oder Keile" von den Sündern gebraucht wurde, selbst der geschlagene Former hat zugegeben, ihn nicht gehört zu haben. Ferner ist es unwahr, daß die von den Formern in der Werftart gestiftete Fremdenliste nur für Mitglieder des Metallarbeiter-Verbandes verbindlich war, sondern jeder organisierte Former, gleich welcher Organisation, erhielt ein Geschenk, nur war es bisher nicht möglich, einem "christlich" organisierten Former ein Geschenk zu verabreichen, weil ein solcher sich bisher nicht meldete. Es ist in Norddeutschland überhaupt nicht der Brauch, einen Hilfsbedürftigen (ganz gleich welcher Richtung) eine Unterstützung abzuschlagen. Auch hat der Former Elge nicht gebeten, sondern nur versucht, den Streik zu vermitteln und hat dann auf Wunsch des Formers Bünge eine Unterredung zwischen ihm und Elge statgefunden, worin letzterer sein Unrecht eingestand und B. dann auch versprach, sein möglichstes zu tun, die Sache beizulegen. Ferner ist es eine verständnislose Behauptung, daß die Former infolge des Festes, das abends vorher der Metallarbeiter-Verband beging, veranlaßt wurden, Montags derartig zu handeln. Das Fest verlief in der ruhigen Weise, überhaupt sind die Former Norddeutschlands ruhige und sachliche Leute, wie unter den Christlichen — nach meinen früheren Erfahrungen im Rheinland — wenige zu finden sind. Doch in der Notiz erkennt man den "Scharfmacher", der den Ruf: "Entweder Verband oder Keile" hineinstieß, um so einmal wieder Gelegenheit zu haben, von dem "Terrorismus der freien Gewerkschaften" reden zu können und den leichtfertigen jungen Menschen beim "Kadi" recht schwarz zu machen und diesen zu veranlassen, gewisse gesetzliche Bestimmungen in Betracht zu ziehen. — Doch genug für heute; wir verurteilen ein derartiges Vorgehen der Arbeiter untereinander, ganz gleich wo es vorkommt, wir müssen aber verlangen, daß in solchen Notizen auch nur die Wahrheit gesprochen wird.

**Kathenow.** (Hirsch-Dunckeriana). Dynamit und Schießbaumwolle (natürlich bildlich gesprochen) sind notwendig, um die in Kathenow, speziell in der landwirtschaftlichen Maschinenfabrikation, unter den Arbeitern noch herrschenden Anschauungen über Lohn- und Arbeitsverhältnisse in die Luft zu sprengen. Seit Jahr und Tag ist der Deutsche Metallarbeiter-Verband bemüht, in die herrschende Finsternis bei den landwirtschaftlichen Maschinenarbeitern einiges Licht zu bringen. In zwei Betrieben ist es möglich gewesen Fuß zu fassen, und es konnten dort eine Reihe von Überständen abgeschafft und Lohnerhöhungen durch die Macht der Organisation erzielt werden. Nur in einem Betrieb, dem größten, (bei S. Richter & Co.) war es bisher nicht möglich, auch nur das allgeringste auszurichten. Und warum? Dieser Betrieb ist die Hochburg der Gewerksvereiner. Diese Tatsache genügt, es erklärlich zu finden, daß die Arbeiter so unter dem Joch des Kapitals zu seufzen haben. Ein umfangreiches Sündenregister könnte man über diese Arbeiterinteressenvertretung aufmachen; es soll aber hier nur dargetan werden, daß der Gewerksverein hier, wie anderwärts auch, vollständig den Beweis erbracht hat, daß er absolut nicht fähig ist, auch nur das allgeringste zur Besserung der Lage der Arbeiter beizutragen. Im Winter vor zwei Jahren wurden den Akkordarbeitern 3 bis 4 Monate lang 6 Prozent abgezogen mit der Motivierung: "Die neue elektrische Beleuchtung und Lagerarbeit bedingen dies." Da erfahrungsgemäß die Hirsche in solchen Fällen dumm sind und nichts unternehmen, wurde der Vorstand des Gewerksvereins von unserer Seite ersucht, zwecks Rückgängigmachung dieses Abzuges wir uns in Verbindung zu treten. Aber dieses Ersuchen wurde vom Gewerksverein schrylich abgelehnt. Warum? Wir wollen es verraten: Weil der Vorsitzende des Gewerksvereins, unglücklicherweise auch Meister des genannten Betriebs war! Da wir nur einige Mitglieder dort hatten, so ging der Abzug glatt durch. Im letzten Winter machte die Firma das gleiche Mandat mit dem Unterschied, daß nicht 6, sondern nur 5 Prozent abgezogen wurden. Von unserer Seite wurde eine Betriebsversammlung einberufen und den Arbeitern nahegelegt, daß, wenn sie von weiteren Abzügen verschont bleiben wollen, sie sich organisieren müssen, um bei Beginn der besseren Konjunktur an

die Firma mit Forderungen herantreten zu können. Da mittlerweile der Gewerksverein einen neuen Vorsitzenden erhalten hatte, der anders denkt als sein Vorgänger, so folgten die Mitglieder den Spuren des Metallarbeiter-Verbandes. Aber infolge des schlechten Geschäftsganges konnte nichts unternommen werden. Es wurde aber zwischen den beteiligten Organisationen vereinbart, im Frühjahr vorzugehen. Das Frühjahr kam. Anstatt daß eines jeden Menschen Herz in dieser Zeit vor Freude schlägt, ist das Herz der Hirsche in die Hosen gefallen! Freilich, jetzt geht es, in den Kampf zu gehen, dazu sind doch die Gewerksvereiner nicht präpariert. Und so passierte wieder eine Feldat der Gewerksvereiner. Aus den bei der Firma beschäftigten Gewerksvereiner bildete sich eine Kommission, die in aller Stille, ohne daß die Gewerksvereiner etwas wußte, bei der Firma vorstellig wurde. Dieser Kommission soll der Firmeninhaber versprochen haben, im Winter 1904 keine Abzüge zu machen. Alle übrigen Wünsche der Arbeiter blieben unerörtert. Der Kommission galt diese Zusage als ein bedeutendes Zugeständnis. Wunderbar bleibt es, daß weder die übrigen Arbeiter im Betrieb, noch die Gewerksvereinerleitung von dieser Unterhandlung berichtet wurden. Das Frühjahr war da. Der Gewerksvereinsvorsitzende drängte seine Mitglieder, doch endlich etwas zu unternehmen, aber durch allerlei Ausreden wichen die Mitglieder dieser Aufforderung aus. Die im Betrieb beschäftigten Holzarbeiter, die im Holzarbeiter-Verband organisiert sind, kamen hinter die Machinationen der Kommission und wurden selbständig bei der Firma vorstellig. Sie erhielten Lohnerhöhungen und auch andere Zugeständnisse. Als dieses im Betrieb bekannt wurde, sollten die Holzarbeiter "gesteigt" werden, auch die Leitung des Gewerksvereins fand diesen Schritt der Holzarbeiter "nicht korrekt". Nunmehr wurde vom Gewerksverein ein Betriebsversammlung einberufen und dazu auch die Leitung des Metallarbeiter-Verbandes geladen. Es wurde das Vorgehen der Holzarbeiter kritisiert, im übrigen aber war keine Stimmung vorhanden, etwas zu unternehmen. Ein Mitglied des Gewerksvereins tat den geläufigen Ausspruch: "Diese Versammlung hat keinen Zweck, nur daß wir ein paar Glas Bier verzehren." Von der Leitung unseres Verbandes wurde nun den Hirschen der rechte Weg gezeigt. Es kam zur Abstimmung über die formalisierten Forderungen und zur Wahl einer Kommission. Es wurde einstimmig beschlossen, in Aktion zu treten. Die gewählte Kommission hatte dann eine Sitzung mit den Vorständen der in Betracht kommenden Organisationen, und hierbei stellte sich heraus, daß die gewerkschaftliche Korruption im Betrieb nicht derart entwickelt ist, daß jeder Erfolg ausgeschlossen ist. Ein Umstand, der es verdient erwähnt zu werden, ist, daß der Betriebsleiter Winkhaus die erwähnte Versammlung heimlich vom Nebenzimmer aus beobachtete, wozu er im Einverständnis des Betriebsleiters der Hirsche sich Eingang verschafft hatte. Natürlich bearbeitete Herr Winkhaus an anderer Morgen die Versammlungsleiter und die gewählte Kommission. Und es ist erklärlich, daß der Mut dieser Leute vollständig zusammenschumpfte. Acht Tage später fand wieder eine Betriebsversammlung statt, die aber noch schwächer besetzt war als die erste. Es wurde da festgestellt, daß einige Gewerksvereiner gegen diese Versammlung agitiert haben, obwohl dieselbe von ihrer eigenen Leitung einberufen war. Ein Kommissionsmitglied nach dem anderen legte sein Amt nieder. Der Leiter der Versammlung, Vorsitzender des Gewerksvereins, kam zu dem Ausspruch: "Bei solchen Vorankommnissen ist natürlich nichts zu machen." Dies war der Schluß der ganzen Aktion. Unsere Verbandsleitung war ebenfalls der Ansicht, daß unter solchen Umständen nichts zu machen ist, sie brach jede weitere Verhandlung ab. Hoffentlich bringt einmal ein scharfer Aufzug Erschöpfung in diese schwüle Gewerksvereins-Atmosphäre. Der Gewerksverein scheint auch auf die Handlungsweise seines Betriebsleiters nicht zu reagieren, schiebt doch letzterer die Schuld auf den Keller.

**Rothenburg a. d. T.** Die Zustände in den hiesigen Kinderswagenfabriken wurden schon öfters in der politischen Arbeiterpresse kritisiert. Seit geraumer Zeit haben sich nun eine Anzahl Kollegen organisiert, um bessere Verhältnisse herbeizuführen. Die Arbeitszeit beträgt in den zwei Fabriken 11 1/2 Stunden bei den besorglich schlechtesten Löhnen. Herr Wermeister Vogt bei der Firma Heinrich Meier & Wünsch bringt es sehr gut fertig, die Arbeiter mit immer neuen Abzügen zu beglücken. Oft werden Artikel gefertigt, für die der Preis erst gemacht wird, wenn sie fertig sind. Es herrscht darüber natürlich große Unzufriedenheit. Vom 29. bis 31. Mai war hier das Landwirtschafsfest. Prinz Ludwig, der dazu erschienen war, besuchte auch die Fabrik. Da wurde schon in der Frühe den Arbeitern eingepaukt, sie sollten mittags in sauberer Kleidung erscheinen. Sie kamen dem Wunsche auch nach und erschienen mit Stiefeln und Mantel. Ein Arbeiter hielt sogar eine Ansprache an den Prinzen, die dahin ausklang, daß die meisten Arbeiter der Fabrik seit Bestehen des Geschäftes hier arbeiten und friedlich und zufrieden sind. Nun, ein Blick in die Lohnliste hätte dem Prinzen gezeigt, daß nicht alles so ist, wie es dem betreffenden Arbeiter eingepaukt wurde. — Auch bei der Firma Haag & Saalmüller sind die Verhältnisse die denkbar schlechtesten. Die Maschinenarbeiter kommen in Akkord selten höher als auf 12 bis 18 Mk., die Schlosser verdienen nicht mehr als 17 bis 19 Mk. bei aufregendster Tätigkeit und 11 1/2stündiger Arbeitszeit. Der Schlossermeister Schmitt, ein "gemietlicher" Schaf, der den Zeiger Kollegen wohl bekannt sein dürfte, erheut sich der Achtung seiner Arbeiter sehr. Der Mann hat früher in Zeit haben gehobt und Sonntags den Scheffelner gemacht. Nun "büßert" er in Rothenburg die Arbeiter. Wenn er von soan einen "Stoß" bekommt, was oft vorkommt, ist er flugs dabei, die Akkordpreise zu kürzen, um sich wieder Biebdind zu machen. Auch sehr schmeichelhafte Worte hat der Herr, zum Beispiel: Ihr seid Hunde u. s. w. Nicht genug, daß die Arbeiter in dieser Weise behandelt werden, sogar die Zufuhr von frischer Luft wird ihnen während der Arbeitszeit verwehrt. Weil vielleicht einmal eine draußen vorübergehende Person durch das geöffnete Fenster in dieses Durabegleckt hat, müssen jetzt die Arbeiter bei geschlossenen Fenstern arbeiten. Herr Haag dagegen reißt, wenn ihm die Luft zu schlecht wird, zur Erholung ins Bad. Die Abortanlagen bedürften einer gründlichen Reinigung, sie werden aber das ganze Jahr nicht gepuzt. Es würde zu weit führen, alle Übelstände anzuführen. Nichts des Arbeiterauschusses wäre es, dagegen zu protestieren und Abhilfe zu verlangen. Wenn man aber bedenkt, daß der Ausschuss anstatt von den Arbeitern gewählt zu werden, von den Herren Haag & Saalmüller ausgewählt ist, so braucht man sich nicht zu wundern, daß diese getreuen Auserlesenen nicht nur die Anordnungen dieser Herren für gut befinden, sondern auch noch zur Verschärfung der Fabrikordnung beitragen. Wenn ein solcher Arbeiter einem anderen gegenüber erklärt: "Vor den Fabrikherren könne man die Mühe nicht oft genug wiederholen", so kann man daraus ersehen, daß solche Leute ganz der Sklaverei verfallen sind. Daher kommt auch das Demunquantum. So ist jetzt, wo dies geschrieben wird, bekannt geworden, daß die Firma vom 1. Juli an die 14tägige Lohnzahlung einzuführen beabsichtigt; seit einigen Wochen hat sie den Beginn der Arbeitszeit nach Sonn- und Feiertagen auf früh 6 Uhr (früher 7 Uhr) festgesetzt. Die Pfenneige werden gar nicht ausbezahlt, wo kommen die hin? Bei all diesen Verschlechterungen spielt der Hausmeister, Herr Kreißelmeier, auch eine Rolle. Dieser Herr hat eine Machtstellung erreicht, wie in anderen Betrieben nicht leicht ein Werkmeister. So zum Beispiel revidiert er Sonntags die Lohnlisten, um dann nach eigenem Ermeßen Lohnreduzierungen vorzunehmen, was in letzter Zeit häufig der Fall war. Deshalb verdient ein Arbeiter mitunter 8 bis 10 Mk., ja, ein Akkordarbeiter hatte das Glück, einmal 7,90 Mk. verdient zu haben, davon ab den Vorschub und den Kranken- und Invalidenfahrendbeitrag, blieb noch 1,55 Mk. Ist ein Arbeiter mit seiner Bieuerung zu Ende und verlangt frische Arbeit, so erhält er häufig die Antwort: Ich habe jetzt auch keine Arbeit. Dabei sagt Herr Haag noch zu den Arbeitern: "Der Betrieb ist für euch eine Goldgrube!" — Auch die Maschinenfabrik von Gütlich ist zu erwähnen. Bei dieser Firma ist ein früherer Auskollege und jetziger Sozialistenpreßer namens Winkelscham, der Stellvertreter für Winkelscham ist. Der Herr erlaubt sich gegen seine Mitarbeiter gar zu viel; er hat jüngeren Verbandsmitgliedern schon Ohreigen angeboten. Aber Herr Winkelscham, nur nicht ein gar so strenges Regiment führen, denn es kommt vielleicht wieder eine andere Zeit. — An euch, ihr

Rothenburger Arbeiter, liegt es, diese traurigen Verhältnisse zu verbessern, denn jedem verheirateten Kollegen muß doch die Schamröte ins Gesicht steigen, wenn der Verdienst nicht reicht und die Frau auch in die Fabrik gehen muß. Darum agitieren jeder für den Verband, bis ihm auch der letzte Mann angehört. Wenn vereinigt sind wir nichts, vereint eine Macht, mit der zu rechnen ist.

**Sitzung.** „Moderne Gewerkschaften und Hirsch-Duncker'sche Gewerkschaften!“ Mit diesem Thema veranstalteten die Einzelmitglieder des Metallarbeiter-Verbandes am 30. Juni im Kaiserpalast eine öffentliche Metallarbeiter-Versammlung. Dieselbe hätte einen besseren Besuch verdient, denn kein Besucher derselben ist nach Hause gegangen, ohne eine Fülle neuer Anregungen mit hinwegzunehmen. War doch die Versammlung dazu bestimmt, unter möglichster Ausschließung aller Persönlichkeiten, das Prinzipielle hervorzuheben. Wenn auch sowohl Kollege Drescher als auch der Redner der Gewerkschaften die Bedeutung des obigen Themas voll erfaßten und fast immer den prinzipiellen Standpunkt behandelten, so berechtigt doch der weitere Verlauf der Versammlung zu der Annahme, daß von Seiten des Gewerkschaftsredners die ihm gewährte unbeschränkte Redezeit benützt wurde, um unseren Referenten das Schlußwort unmöglich zu machen. Fünf Minuten nach 11 Uhr erhielt Herr Erbert das Wort und sprach bis fünf Minuten vor 1 Uhr. Punkt 1 Uhr mußte die Versammlung geschlossen werden. Es wurde deswegen vom Bureau vorgeschlagen, die Versammlung zu verlagern, und wird die Fortsetzung derselben am 14. Juli, abends 9 Uhr, im Kaiserpalast stattfinden. Es ergibt also an alle unsere Kollegen sowie auch an die Kollegen des Hirsch-Duncker'schen Gewerkschafts, die bringende Aufforderung, am 14. Juli, abends halb 9 Uhr, im Kaiserpalast sich einzufinden. Gerade von den Mitgliedern des Gewerkschafts sollte nach der Ausnützung der Redezeit durch ihren Herrn Erbert, und nachdem sie gegen eine Vertagung der Versammlung Einspruch nicht erhoben haben, zahlreicher Besuch als moralische Verpflichtung betrachtet werden.

**Schlager (Feingold)**

**Dresden.** (Tarifgemeinschaft.) Wie aus früheren Berichten bekannt ist, kündigten im März dieses Jahres die Unternehmern Dresden den im Jahre 1902 geschaffenen Tarif, somit erreichte derselbe am 30. Juni sein Ende. Bereits am 25. Juni hingen die Fabrikanten in ihren Werkstätten einen neuen Lohn-Tarif auf, welcher nach ihrer Meinung am 4. Juli in Kraft tritt. Der neue Tarif sieht vor allem andere eine zehnstündige Arbeitszeit vor, welche vom Unternehmer willkürlich geändert werden kann, während bisher 8 1/2 Stunde gearbeitet wurde und in dieser kurzen Zeit manchmal nichts zu schaffen war. Dann weist der Tarif ganz erhebliche Lohnkürzungen auf. Für selbstständig arbeitende Gesellen beträgt der Abzug: Für die Größen 64, 65, 77, 95, 106 und 107, 108 bis 118 mm pro Buch à 300 Blatt 6 Pf., bei 114 bis 120 mm 18 Pf., von 120 mm ab bis weiter wieder 6 Pf. pro Buch. Die Größe 77 mm ist damit bereits unter den von den Prinzipalen als schlechtestes Beispiel hingestellten bayrischen Tarif gesunken, da dort für die gleiche Größe noch 65 Pf. und hier nur 60 Pf. pro Buch bezahlt werden. Für Fein- und Feingold wurden bisher 1/2 gutgeschrieben, dieses kommt in Wegfall; ferner wurde die Bestimmung, daß für reichlich beschnittene Größen die nächste Berechnungsstufe in Anwendung kommen muß, aus den neuen Bestimmungen entfernt, was einer sehr bedeutenden Lohnkürzung gleichkommt. Dasselbe Verhältnis ist bei den Beschneidern vorhanden, für die Größen 65, 81, 82 mm 3 Pf., für 100, 108 bis 110, 121 bis 125 mm 6 Pf., für 111 bis 116 mm 10 Pf., 105, 116 bis 120 mm 12 Pf., weniger pro Buch à 300 Blatt. Bei zwei- und mehrfarbigen Gold beträgt die Kürzung 3 und 4 Pf. pro Buch. Fein- und Scheibgold, für welches bisher ein Zuschlag von 6 Pf. pro Buch bezahlt wurde, wird dem gewöhnlichen Golde gleichgestellt, der Zuschlag fällt weg. Für Transferrgold wird 6 Pf. Zuschlag angeboten, statt 12 Pf. früher. Bei Streijngold beträgt der Abzug 20 Pf. pro Buch u. s. w. Sogar die Zurechter und Zurechterinnen, welche in Stücklohn arbeiten, müssen jetzt Lote, die um 30 Blatt stärker sind, um denselben Preis verarbeiten. Für eine Gurtsche abpreßen gibt es 10 Pf. Abzug. — In einer am 28. Juni stattgefundenen Feingoldschlager-Versammlung wurde der Meinung Ausdruck gegeben, daß die Arbeitszeit-Verlängerung unter allen Umständen zurückgewiesen werden müsse, denn was soll man in zehn Stunden anfangen, wenn man schon in acht Stunden nicht genug zu arbeiten hat, und Goldarbeiten u. s. w. auf der Tagesordnung steht. Die ganze Vorlage wäre überhaupt nicht gekommen, wenn die Unternehmer nicht eine Stütze in verschiedenen Kollegen gefunden hätten. Da gibt es welche, die die Meinung der Prinzipale eifrig verteidigen, daß die bayrischen Verhältnisse die Dresdener Unternehmer zwingen, Lohnabzüge zu machen. Ja, es gibt welche, die die Maßnahmen der Herren als gut und weise hinstellen und unter allen Umständen für den neuen Lohn-Tarif arbeiten wollen, obwohl die bayrischen Verhältnisse früher ebenso schlecht waren oder wohl noch schlechter, da das Sezer- und Lehrlingswesen eine ganz bedeutende Verbesserung in den letzten Jahren erfahren hat, ebenso die Arbeitslöhne den Dresdnern bedeutend näher gekommen sind. Also, wenn die Unternehmer von den Arbeitern selbst in ihrem Vorgehen bekräftigt werden, ist es eben kein Wunder, wenn sie mit der Organisation nichts mehr zu tun haben wollen und lieber mit den einzelnen Arbeitern verhandeln, weil sie mit diesen leichter fertig werden. Man muß aber in Betracht gezogen werden, daß der Abschluß eines Tarifs in den früheren Jahren von allen Seiten mit Genehmigung begünstigt wurde, besetzte er doch einen unäusseren, unhaltbaren Zustand, der durch die Zerfahrenheit und unheimliche Konkurrenz der Unternehmer herausgehoben wurde. Und nun soll wieder das alte ungesunde Verhältnis hergestellt werden, das gleich unangenehm ist für Unternehmer wie Arbeiter. Es soll daher versucht werden, durch Unterhandlungen mit den Unternehmern wieder zum Abschluß einer Tarifgemeinschaft zu kommen. Eine Resolution wurde angenommen, welche folgenden Wortlaut hat: „Die am 28. Juni im Dresdener Volkshaus tagende Feingoldschlager-Versammlung hat von dem neuen Lohn-Tarif der Feingoldschlager-Kemmis gewarnt und hält diesen in der vorgelegten Fassung für unannehmbar. Alle sind der Ansicht, daß nur eine gezielte Verlegung der Differenzen möglich ist, wenn auf Grund einer Tarifgemeinschaft die Lohn- und Arbeitsbedingungen festgelegt werden wie bisher. Die Versammlung beschließt, bevor weitere Schritte unternommen werden, das Gewerbegericht als Einigungsamt anzufragen und überläßt der gewählten Kommission in Verbindung mit der Leitung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes in der Lohnfrage bei den Verhandlungen freien Spielraum. Betreffs der Arbeitszeit hält die Versammlung an dem Beschluß fest, der in der Versammlung gefaßt wurde, wo die Prinzipale zugegen waren.“

**Schlager.**

**Dresden.** (Bauschlagerbewegung.) Ein schönes Bild des Samtagswesens entrollte sich in einer am Samstag den 18. Juni hier abgehaltenen Bauschlager-Versammlung. Am 21. März d. J. faßte eine von ungefähr 400 Bauschlageren besetzte Versammlung den Beschluß: Der Gesellen-Anschluß wird beantragt, folgende Forderungen der hiesigen Schloßlerinnung zu unterbreiten: 1. Einführung einer Arbeitszeit von täglich 9 1/2 Stunden. 2. Gleichzeitiger Schluß der Arbeitszeit. 3. Entschädigung der Überstunden, die nur im Notfall gemacht werden dürfen. 4. Einführung eines Mindestlohns. 5. Regelung der Akkordarbeit und der Überstunde. 6. Einführung eines genau angelegten, gleichmäßigen Tarifs für alle vorzukommenden Arbeiten. 7. Regelung des Lehrlingswesens, der Kündigungsgesetze, sowie Einführung einer einheitlichen Arbeitsordnung. In der Verhandlung waren nur die minimalsten Forderungen aufgestellt, und es waren nur Dinge verlangt, die man in einem Betrieb als selbstverständlich betrachtet. Die Antwort der Innung, die bis zum Juni auf sich warten ließ, war demnach, daß es sich der Höhe lohnt, sie im Wortlaut zu veröffentlichen. Nach einigen einleitenden Sätzen werden die Beschlüsse der Innung wie folgt bekannt gegeben: 1. Die tägliche Arbeitszeit soll in der Regel 10 Stunden nicht über-

steigen. 2. Die Regelung über den Beginn und die Beendigung der zehnstündigen Arbeitszeit hat jeder Meister mit den Gesellen zu vereinbaren. 3. Überstunden nach 8 Uhr und Sonnabends nach 6 Uhr abends sind mit einem Zuschlag von 25 Prozent pro Stunde zu bezahlen. 4. Im Interesse der weiteren Ausbildung der Ausgelernten sei die Bewilligung eines Mindestlohns nicht anzunehmen. In Anbetracht der jetzigen schlechten Geschäftslage sind die erhöhten Lohnforderungen zurückzuführen und ist es den Gesellen zu überlassen, ihre Forderungen eventuell bei günstiger Geschäftslage wieder einzubringen. 5. Bei Vergebung von Akkordarbeiten ist in jedem einzelnen Falle mit den an der Arbeit beteiligten Gesellen ein schriftlicher Vertrag abzuschließen. 6. Akkordarbeiten sind möglichst einzuführen. Bei etwaigen Streitigkeiten über Akkordlöhne ist ein Schiedsgericht von der Innung einzuführen, welches je zur Hälfte aus Meistern und Gesellen, unter Vorsitz eines „unparteiischen“ Vorstandsmitglieds, besteht. Der Entscheidung dieses Schiedsgerichtes haben sich beide Parteien im voraus zu unterwerfen. Gesellen, welche zur Bildung des Schiedsgerichtes herangezogen werden, müssen mindestens 2 Jahre bei Innungsmeistern in Arbeit stehen. 7. In Anbetracht der verschiedenen Art der Aufträge ist die Vereinbarung der Preise jedem Meister mit seinen Gesellen selbst zu überlassen. 8. Beim Verlegen der Gasrohre ist die Vereinbarung der Preise jedem Meister mit seinen Gesellen selbst zu überlassen. 9. Auf mögliche Einschränkung der Lehrlingswesen soll hingewirkt werden. 10. Die Kündigungsfrist ist einheitlich festzulegen. Überall ist eine einheitliche Arbeitsordnung auszuhängen. 11. Der Vertrag hat mindestens drei Jahre Gültigkeit. — Daß nach dieser Festlegung auch die Arbeitsordnung eine geradezu „vorzügliche“ geworden ist, versteht sich von selbst. Es würde zu weit führen, alles anzugeben, was den Köpfen der Herren Innungsmeister entsprungen ist, aber einiges muß man doch herausgreifen: Punkt 1: Eingeführt ist die zehnstündige Arbeitszeit und zwar in der Regel von früh 7 Uhr bis abends 7 Uhr, Sonnabends bis 6 Uhr, der Meister ist indes berechtigt, die Arbeitszeit je nach den Geschäftsverhältnissen zu verkürzen oder zu verlängern! 2. Der Lohn wird nach Stunde oder Woche berechnet. 3. Abschlagszahlungen bei Akkordarbeiten erfolgen nach Gutachten der Meister. 4. Gegenseitige Kündigung findet nicht statt u. s. w. Zu Punkt 8: Jeder Geselle hat seine gefertigten Arbeiten in das Arbeit-Eintragebuch einzutragen, und für jeden durch mangelhaften Eintrag der Arbeit entfallenden Schaden aufzukommen u. s. w. — Diese Willkür zeigt, wie die Meister ihre Arbeiter bevormunden und was sie glauben ihnen bieten zu können. Die Versammlung nahm mit lebhaftem Protestrufen von dem Schreiben der Herren Kemmis und in der Diskussion beleuchtete der Kollege Hoffmann die einzelnen Punkte näher, darauf hinweisend, daß diese Antwort der Herren ein Schlag ins Gesicht der Bauschlager sei, der nur dadurch pariert werden könnte, wenn sich die Gesellen Mann für Mann der Organisation beim Deutschen Metallarbeiter-Verband, anschließen und mit Hilfe der Organisation ihrer Forderung den nötigen Nachdruck verleihen. Die Versammlung gab auf das Schreiben der Innung die einzig richtige Antwort, indem sich ungefähr 150 Mann der Anwesenden beim Deutschen Metallarbeiter-Verband als Mitglieder anschlossen und versprachen, die übrigen Unorganisierten ebenfalls heranzuziehen. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen: „Die am 18. Juni in der Reichshallen tagende Bauschlager-Versammlung hat von dem Antwortschreiben der Innung auf die eingereichten Forderungen der Gesellen Kenntnis genommen. Die Versammlung protestiert ganz entschieden dagegen, daß der Gesellen-Anschluß nicht zu allen diesbezüglichen Vorstandsitzungen der Innung hinzugezogen worden ist. Die Versammelten betrachten dies als eine Mißachtung des Gesellen-Anschlusses und sämtlicher Gesellen. Die Versammlung verzichtet darauf, das Schreiben der Innung zu beantworten, da es ein Hohn ist auf die beschiedenen Forderungen, die die Bauschlager gestellt haben. Die Versammlung erkennt an, daß es nur mit Hilfe der Organisation möglich ist, die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Gesellen zu verbessern. Die noch nicht Organisierten werden zur rechten Zeit ihre Forderungen von neuem einreichen und sie eventuell mit Hilfe ihrer Organisation, dem Deutschen Metallarbeiter-Verband, kräftigen.“ Die Bauschlager Dresdens werden aus allem die Lehre ziehen, daß sie, wie alle anderen Arbeiter, nur aus eigener Kraft, mit Hilfe harter Organisationen, durch Anschluß an den Deutschen Metallarbeiter-Verband, sich eine bessere Zukunft werden erringen können.

**Hannover.** In einer am 16. Juni abgehaltenen gut besuchten Schloßler-Versammlung erstattete Kollege Borchgrevink den Bericht der Lohnkommission über die Verhandlungen mit der Schloßlerinnung wegen Abschluß eines Lohn-Tarifs. Danach hat sich Über-einstimmung bezüglich der Tarif-Festsetzung nur in den §§ 2, 3, 6, 7, 8 und 9 des von der Lohnkommission unterbreiteten Lohn-Tarifs ergeben. In diesen Paragraphen sind die Bestimmungen über die Zahlung von Überstundenarbeit dahin geregelt, daß für bis abends 10 Uhr anwauernde Überstundenarbeit 25 Prozent, für Nacht- und Sonntagsarbeit 50 Prozent Zuschlag zu dem gewöhnlichen Stundenlohn bezahlt werden soll. Der Lohn muß bis Schluß der Arbeitszeit bezahlt werden. Länger als eine halbe Stunde anwauernde Warten muß vergütet werden. Ferner betreffen die Bedingungen, über welche man einig geworden ist, die Schlichtungskommission für Streitigkeiten aus dem Tarif, die Dauer des Vertrags und den Ausschluß von Kapregelungen. Alle diese Dinge, mit Ausnahme der Überstundenarbeit, sind mit unmittelbaren Kosten für die Unternehmer nicht verbunden und konnten deshalb von so eher bewilligt werden. Die Hauptgegenstände des Tarifs bildeten aber Bestimmungen über Arbeitszeit und Lohnhöhe. Daß hier eine Einigung nicht erfolgt ist, erregte um so mehr Verwunderung, da doch der Obermeister Lippmann in der letzten Schloßler-Versammlung sich sehr sympathisch darüber äußerte. Der Referent teilte in dieser Beziehung mit: Die Einführung der 9 1/2 stündigen Arbeitszeit lehnten die Arbeitgeber ab. Dieser Ablehnung erscheint aber deshalb unhaltbar, weil vom 1. April 1905 an die sämtlichen Bauarbeiten diese Arbeitszeit haben. Und wenn die Meister glauben, sie können die verkürzte Arbeitszeit nicht sofort bewilligen, so ist nur nötig, einen bestimmten Termin festzusetzen, an dem die zehnstündige Arbeitszeit aufhört. Auch bezüglich der Überstunden kann und soll im Interesse des Friedens noch Einigen-kommen gezeit werden, ebenfalls empfiehlt es sich, unter Ablehnung der Forderung der Meister über den Minimallohn für jüngere Gesellen, die eben erst angelernt haben, etwas herabzugehen. Die Löhne für ältere Schloßler sind in Anbetracht der Löhne, die bei den übrigen Bauarbeitern bezahlt werden, nicht herabzusetzen. Aber es kann auch hier ein Entgegenkommen insofern angeboten werden, als die Zuschläge von 5 Pf. auf die jetzigen Löhne, sofern sie dadurch den geforderten Minimallohn überschreiten, fallen gelassen werden. Die jetzigen Einwände der Meister, insbesondere bezüglich der besonderen Vergütung für die Überstundenarbeit, sind in vollem Umfang nicht anzuerkennen. Es dürfte aber angängig sein, den diesbezüglichen Tarif der Klempner als maßgebend zu betrachten. Hierher empfahl der Referent, den Meistern folgende Forderungen herabzusetzen: 1. Die tägliche Arbeitszeit beträgt nicht über 10 Stunden, ab 1. ... 1905 nicht über 9 1/2 Stunden. 2. Hier soll eingeführt werden, daß, wenn die Überstundenarbeit sich auf längere Zeit als bis 10 Uhr abends erstreckt, die Nachtarbeit nicht erst von 10, sondern von 8 Uhr abends beginnt. 3. 4. Gesellen erhalten im ersten Jahre nach vollendeter Lehrzeit nicht unter 33 Pf. Lohn pro Stunde. (Ursprünglich waren 35 Pf. gefordert, die Arbeitgeber bewilligten nur 25 bis 30 Pf. Von diesem Zeitpunkt an bis zum vollendeten 21. Lebensjahr beträgt der Lohn nicht unter 40 Pf. pro Stunde. (Gefordert waren 42 Pf., bewilligt 30 bis 35 Pf.) Nach vollendetem 21. Lebensjahr soll der Mindestlohn 45 Pf. betragen. (Gefordert war dasselbe, bewilligt nur 35 bis 40 Pf.) Diesem ist noch unter Fortfall der Bestimmung, die jetzigen Schloßler sofort um 5 Pf. pro Stunde zu erhöhen, hinzugefügt, daß sich bei Einführung der 9 1/2 stündigen Arbeitszeit die Löhne um 3 Pf. pro Stunde erhöhen. 5. Bei Arbeiter, die geleistet werden müssen in einer Entfernung von mehr wie 10 Kilometer, vom Marktplatz von Hannover an ge-

rechnet, ist neben freier Hin- und Rückfahrt als Entschädigung für den geforderten Weg und Fahrtkosten eine tägliche Vergütung zu zahlen, erstens, wenn tägliche Rückkehr möglich ist, 1 Mk. und für Helfer 75 Pf.; zweitens, wenn auswärts übernachtet wird, 2,50 Mk. und für Helfer 1,50 Pf., die Woche zu sieben Tagen gerechnet. Die Entschädigung ist auch bei Entfernungen von 7 1/2 Kilometer an zu zahlen, wenn keine hinreichende Bahnverbindung vorhanden ist. Für diese Entschädigungen sind auch die festgesetzten Arbeitszeiten zu zahlen. Bei Arbeiten an außerordentlich teuren Orten ist zwischen Meister und Gesellen eine besondere Vereinbarung zu treffen. (Hier waren gefordert, wenn tägliche Rückkehr möglich ist, 1 Mk., wenn übernachtet wird, 8 Mk., und 2,50 Mk. für Helfer.) — Diese neu formulierten Paragraphen sollen den Meistern nochmals eingereicht werden. Die Versammlung brachte ihre Übereinstimmung mit den Meistern zum Ausdruck und nahm folgende Resolution an: Die heute am 16. Juni tagende öffentliche Schloßler-Versammlung erklärt, daß das Entgegenkommen der Meister weit hinter den Erwartungen zurückbleibt. Die Versammlung beauftragt deshalb die Kommission nochmals wegen der §§ 1, 4 und 5 unserer Forderungen mit den Meistern in Unterhandlung zu treten. Die Versammelten erwarten bestimmt, daß das überreichte gezeigte Entgegenkommen auch die Meister veranlassen wird, in der Frage der Arbeitszeit und der Entlohnung Zugeständnisse zu machen, die annehmbar sind, um auf friedlichem Wege die Einigung herbeizuführen zu können, was beider Teilen nur von Nutzen sein kann.“

**Königsberg i. Pr.** Am Mittwoch den 16. Juni wurde hier eine öffentliche Schloßler-Versammlung abgehalten, in der Kollege Mohr laut über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Schloßler referierte. Er führte folgendes aus: Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Schloßler sind in ganz Deutschland sehr wenig geregelt, gegenüber den anderen Berufen, zum Beispiel der Klempner. Während diese in fast allen größeren Städten einen Tarifvertrag haben, der nicht nur den Lohn, sondern auch die Arbeitszeit regelt, ist im Schloßlergewerbe nur Berlin zu verzeichnen, das einen Tarifvertrag aufweist. Da derartige Verträge jetzt in fast allen Städten abgeschlossen werden, ist es notwendig und auch durchführbar, einen solchen auch für Königsberg abzuschließen. Daß hierzu eine starke und leistungsfähige Organisation gehöre, ist selbstverständlich. Zur Ermittlung der Arbeitsverhältnisse haben wir nun versucht, eine Statistik zusammenzubringen, die jedoch nach den Umständen keinen Anspruch auf Vollständigkeit machen kann, aber immerhin einen Einblick ins Schloßlergewerbe gewährt. Ermittlungen wurden angestellt in 28 Betrieben mit 508 Schloßlergesellen und 189 Lehrlingen. Das Lehrlingsverhältnis erscheint in keinem vollen Glanze, wenn wir in den Kleinbetrieben die Zahl der beschäftigten Arbeiter mit der der Lehrlinge vergleichen. Es sind ermittelt 62 Gesellen in Kleinbetrieben, 197 Lehrlinge in Kleinbetrieben, 157. Rechnet man nun auf die 25 Werkstätten, die keine Gesellen, aber bis 6 Lehrlinge beschäftigen, noch circa 100 Lehrlinge hinzu, so ergibt sich, daß neben 197 Gesellen circa 260 Lehrlinge beschäftigt sind. Es ist daher nicht zu verwundern, wenn durch eine derartige Lehrlingszucht der Schmutzkonturrenz Tür und Tor geöffnet werden. Auch wollen wir nicht unerwähnt lassen, daß der Herr Obermeister zur Hebung des Handwerks zwar keine Gesellen, aber sage und schreibe — 6 (sechs) Lehrlinge beschäftigt; jedenfalls um damit den Beweis zu erbringen, daß das Handwerk noch einen goldenen Boden besitze. Die Arbeitszeit stellt sich wie folgt: Es arbeiten 9 1/2 Stunden pro Tag 11 Schloßler, 10 Stunden pro Tag 289 Schloßler, 10 1/2 Stunden pro Tag 224 Schloßler, 11 Stunden pro Tag 3 Schloßler. Einer der größten Uebelstände ist das Überstundenwesen, welches in vielen Betrieben eingerissen ist und dringend der Abhilfe bedarf. Der Lohn ist folgender: Es verdienen in Lohn 211 Schloßler unter 36 Pf. pro Stunde, 157 über 36 Pf. Der Verdienst in Akkord ist: 55 Arbeiter unter 36 Pf., 50 Arbeiter über 36 Pf. Nach dieser Statistik ist der Ausgangspunkt gegeben, eine Forderung von 36 Pf. an die Meister einzubringen. Eine Lohnforderung, die kein vernünftiger Mensch zu hoch finden wird. Ferner kritisiert weiter die Strafzettel, sowie die Behandlung seitens der Meister und die hygienischen Einrichtungen. Nachdem Referent noch die Vorteile des Verbandes hervorzuheben, forderte er alle Nichtorganisierten auf, den Verband beizutreten. — In der Diskussion wurde der Lohn der Fechterischen Werk sowie deren sanitäre Einrichtungen kritisiert. Ein anwesendes Mitglied des Gewerkschafts war der Ansicht, daß das Ergebnis der Fragebogen ein besseres gewesen wäre, wenn der Metallarbeiter-Verband den Gewerkschaften gebeten hätte, mitzuarbeiten. Auch meinte er, es wäre gleich, ob der Arbeiter im Gewerkschaft oder im Verband organisiert wäre. Es wurde ihm aber von Vorstehenden und einzelnen Verbandskollegen der Standpunkt klar gemacht. In seinem Schlußwort erwähnte der Referent noch die Ungelegenheit in Straßburg, betreffend Ehrenmitglieder des Gewerkschafts (siehe Metallarbeiter-Zeitung Nr. 24) und die Verleumdungssucht der Gewerkschaften, bewiesen durch die unwahren Behauptungen einer vom Generalrat herausgegebenen Broschüre. Referent betonte, die Kollegen mögen für die Ausbreitung des Verbandes sorgen, um dadurch wirklich eine Verbesserung der Lebenslage zu erzielen.

**Leipzig.** Die Bauschlager und Konstruktionsarbeiter hielten am 14. Juni im Pantheon eine von circa 400 Personen besuchte öffentliche Versammlung ab. Kollege Probst sprach über das Thema: Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Leipziger Bauschlager und die Lohnbewegungen der übrigen im Baugewerbe beschäftigten Arbeiter. Er führte aus: Die Versammlung sollte eine Heerchau sein über die Kollegen, die sich für die Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Lage interessieren. Daß der Verdienst der Bauschlager nicht glänzend zu nennen sei, ergebe sich aus folgenden Zahlen. Nach einer vor kurzem veranstalteten Umfrage sind in Leipzig bei 283 Schloßlermeistern 657 Gesellen und 610 Lehrlinge beschäftigt. Auf fast jeden Gesellen kommt also ein Lehrling. 48 Meister beschäftigen überhaupt nur Lehrlinge, während eine Anzahl weder Gesellen noch Lehrlinge beschäftigt. In den Konstruktionswerkstätten sind ungefähr 300 Personen beschäftigt. Die sanitären Zustände liegen sehr im argen. Garderobe- und Wascheinrichtungen sind bei den Leipziger Schloßlermeistern meist unbekannt. Die Lohnverhältnisse sind weit unangünstiger als bei den übrigen Bauhandwerkern. Der Durchschnittslohn betrug im Jahre 1899 38,6 Pf., 1900 44,2 Pf., 1901 42,4 Pf., 1902 39,2 Pf. Der Aufstieg im Jahre 1900 ist auf die Lohnbewegung vom Jahre 1899 zurückzuführen. Leider ist die geringe Aufbesserung wieder verloren gegangen und zwar zum Teil infolge der danach einsetzenden Krise, hauptsächlich aber wegen der Gleichgültigkeit der Kollegen. Jetzt stehen wir wieder fast genau so wie 1899. Weit schlimmer noch sieht es in den Konstruktionswerkstätten, hier werden noch an ältere gelernte Arbeiter Löhne von 26 und 28 Pf. bezahlt. Aber gerade bei diesen sieht es mit der Organisation am traurigsten aus. Seit jeher sind die Konstruktionswerkstätten das Schmerzenskind der Bauschlagerbewegung gewesen. Es wird nun endlich Zeit, daß sich die Kollegen aus ihrer Gleichgültigkeit aufrufen und sich der Organisation anschließen. Mit der Arbeitszeit ist es dasselbe; während überall im Baugewerbe die zehnstündige Arbeitszeit eingeführt ist, arbeitet der größte Teil der Bauschlager noch 10 Stunden. Trotzdem gibt es noch eine ganze Anzahl von Kollegen, die sich auf ihren Beruf etwas einbilden, die sich mehr dünken als ein Maurer oder gar ein Tagelöhner. Daß die Bauschlager keineswegs Ursache haben, stolz zu sein, beweisen die Löhne, die sich die übrigen Bauhandwerker dank ihrer starken Organisation errungen haben. So erhalten die Maurer und Zimmerleute einen Minimallohn von 66 Pf., die Lötter 60 Pf., die Maler 50 Pf. u. s. w., sogar die Bauhandarbeiter fordern einen Minimallohn von 48 Pf. Die Bauschlager, die zum größten Teil eine vierjährige Lehrzeit hinter sich haben, sind noch lange nicht so weit, um einen Minimallohn von 48 Pf. zu verlangen. Das muß anders werden, jeder einzelne muß es sich zur Pflicht machen, stets und ständig zu agitieren und der Organisation neue Mitglieder zuzuführen, damit auch endlich für die Bauschlager bessere, menschenwürdige Zustände geschaffen werden.



